

WIRTSCHAFT ETHIK

Mitteilungen der Gesellschaft zur Förderung von Wirtschaftswissenschaften und Ethik e.V.

Liebe Freunde, Mitglieder und Interessenten,

Meine Ehefrau holte sich vor einiger Zeit ihre Kontoauszüge von der Bank und erschrak: € 90 miese. Es stellte sich dann heraus, dass dies der erste Auszug ihrer neuen Kreditkarte war. Dieser wird als erstes ausgedruckt.

Irgendwie erinnerte mich ihre Sorge dann an unseren möglichen Kontoauszug gegenüber Gott. Haben wir da nicht auch eine Besorgnis? Handeln wir Menschen nicht Gott gegenüber genau so, als müssten wir unser Konto mit guten Taten ausgleichen? Die bange Frage türmt sich auf: Reicht es in der Stunde des Todes? Kann ich so vor meinem Richter erscheinen? In vielen Religionen ist dieses Lebenskonto entscheidend. Wie viele Menschen bemühen sich redlich um ein ausgeglichenes Konto von Versagen und guten Werken gegenüber Gott?

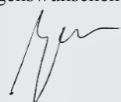
Doch das ist das überraschend Großartige. Unser Gott rechnet anders! Wir haben einen unendlichen Habenbetrag auf unserem Lebenskonto. Wir sind niemals im Soll. Viele Christen sind unnötigerweise besorgt: Nur nicht das Konto gegenüber Gott überziehen! Im 1. Johannesbrief schickt uns Gott nun einen Kontoauszug:

Wie sieht es auf der Habenseite aus? 1) Wir haben Heilsgewissheit! Nicht meine Taten, sondern Seine Tat ist allein ausschlaggebend, mein Konto ist daher stets im Haben. 2) Wir gewinnen Freude! Wir sehen die eigene Unwürdigkeit und erklären unseren Bankrott. Aber Gott sieht uns durch seinen Sohn an. Erinnern möchte ich an Jesu Beispiel vom Zöllner und Pharisäer. Der Pharisäer, der nur seine guten Taten vorzuweisen hatte, und damit prahlt, geht ungerechtfertigt aus dem Tempel. Aber der Zöllner, der nur seine Schuld vorzuweisen hatte, die er bekannte, geht gerechtfertigt davon! Unbegreiflich, diese Liebe Gottes den Sündern gegenüber. 3) Wir dürfen nehmen! Wir brauchen nicht spitz zu rechnen, wir dürfen mit vollen Händen vom Konto Gottes ausgeben. Wie geschieht das? Durch das Gebet! Es hat große Verheißungen - so heben wir vom Konto ab!

Ich wünsche Ihnen die Freude an der Nutzung von Gottes Konto und den Mut, aus dem Vollen zu schöpfen.

Mit allen guten Segenswünschen für den Rest des Jahres 2018

Ihr/Euer

Werner Lachmann 
Ehrenvorsitzender der GWE

Grundfragen der Wirtschaftsethik XLV:

O Mario, mir graut vor Dir! Wann platzt die Draghi-Bombe?

Während der Wirtschaftswunderzeit hatte die Deutsche Bundesbank die alleinige wirtschaftspolitische Aufgabe, den Geldwert stabil zu halten. Diese Beschränkung hielt sie während ihrer Existenz – bis zur Einführung des Euro – eisern durch. Ein Einfluss der Politik auf die Geldpolitik sollte und konnte so vermieden werden. Wirtschaftsgeschichtlich gesehen, waren nämlich überhöhte Staatsausgaben und ihre monetäre Alimentierung durch die Zentralbank eine sehr wichtige Ursache vieler Inflationen mit Blasenbildungen und späterer Arbeitslosigkeit. Der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften von 1976, Milton Friedman, hatte in einer monumentalen Studie nachgewiesen, dass die fehlerhafte Geldpolitik der FED, der amerikanischen Notenbank, entscheidend zur Entstehung der Weltwirtschaftskrise beigetragen hatte. Auch in der letzten Finanzkrise war die Geldpolitik mit verursachend. Durch starke Geldvermehrung und einem erwarteten wirtschaftlichen Aufschwung erhoffte sich in den USA die Regierungspartei eine Verbesserung ihrer Wahlchancen. Die Bundesbank hatte dagegen stets Eingriffsversuchen sowohl von Konrad Adenauer als auch von Helmut Schmidt widerstanden. Die Bundesbank wurde für ihre geldpolitischen Entscheidungen stets heftig kritisiert und gleichzeitig für ihre Erfolge bewundert. Da die deutsche Bevölkerung hinter der

INHALT

Grundfragen der Wirtschaftsethik XLV:

O Mario, mir graut vor Dir! 1

Positionen:

Chancen, Risiken, Ursachen der Migration 6

Technik im gesunden Maße..... 7

Rezension:

Ehe und Sexualität neu sehen lernen..... 8

Allgemeines:

„Mr. GWE“ zum Ehrenvorsitzenden berufen 11

Widerspruch zur Widerspruchslösung..... 14

Freiburger Denkschrift im Internet zugänglich..... 15

Mitverantwortungsabgabe für Politiker?..... 16

Impressum/Über die GWE..... 16

Fortsetzung: O Mario, mir graut vor Dir! Wann platzt die Draghi-Bombe?

Grundfragen der Wirtschaftsethik von Werner Lachmann

Unabhängigkeit der Bundesbank stand, wagten die deutschen Parteien nicht sie anzutasten, obgleich dies mit einfachem Gesetz möglich gewesen wäre.

Die allgemeinen Vorstellungen zur Geldpolitik haben sich in den letzten Jahren total verändert. Was vor 20 Jahren gelehrt wurde, scheint heute nicht mehr zu gelten. Wir erleben in Europa eine Geldschwemme ohne Inflation aber mit negativen Zinsen. Das Ausbleiben der Inflation ist überraschend. Diese wirtschaftlichen Fakten passen mit den alten Vorstellungen von Geldpolitik nicht zusammen. Die Geldpolitik von Mario Draghi scheint noch erfolgreich zu sein. Aber: Wie lange noch? Was spricht für und was spricht gegen diese neue Geldpolitik?

Konsequenzen der neuen Geldpolitik

Der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi, der Verfechter dieser neuen Geldpolitik, wird von vielen dafür gelobt. Ihm ist es gelungen, so heißt es, die drohende wirtschaftliche Katastrophe zu vermeiden. Seine „whatever it takes“-Rede^[1] und der Einsatz der „dicken Berta“ vertrieben die Sorgen der Spekulanten. Es kam zu keinem Kurssturz an den Börsen. Die Geldmenge wurde extrem aufgeschwemmt, die Staatsverschuldungen der wirtschaftlich schwachen Staaten stiegen jedoch weiter an. Die neue Geldpolitik erforderte keine Reformen seitens der Politik. Es ging nach dem Slogan „weiter so!“ Dadurch wurde die Problemlösung nur verschoben! Durch eine starke Geldausweitung (teilweise 60 Mrd. € pro Monat) und Negativzinsen wollte die EZB die Banken zwingen Kredite zu vergeben. Die Verbindungen zwischen dem Geldkreislauf und der Realwirtschaft scheinen aufgeweicht. Die Geldmenge wirkt zwar auf den rasch reagierenden Finanzsektor – aber nicht mehr auf die Realwirtschaft. Warum sollte ein Unternehmer investieren, nur weil die Zinsen niedrig sind, aber die Nachfrage nach seinen Produkten stockt? Das Ziel, über eine Geldschwemme die Investitionen zu erhöhen, wurde daher verfehlt. Die Geldmengenerhöhung sickerte nicht auf die Realwirtschaft durch – und so kam es auch zu keinem Anstieg der Inflationsrate.

Die Chancen der neuen Geldpolitik, die den Staaten hohe Zinszahlungen abnehmen und die Billionen von Schulden, die die EZB von kriselnden Staaten übernahm, wurde von den südeuropäischen Staaten nicht für notwendige

Reformen genutzt^[2]. Im Gegenteil, sie verschuldeten sich weiter. Auch der deutsche Bundeshaushalt war Gewinner der Niedrigzinspolitik der EZB. Schäuble nutzte die Zinsersparnis von bisher fast 200 Milliarden Euro immerhin zum Erreichen der „schwarzen Null“.

Es ist politisch stets leichter, Geld auszugeben als zu sparen. Die Reduzierung von Staatsdefiziten führte immer wieder zu Regierungskrisen. Politiker sind deshalb stets auf der Suche nach Zahlern ihrer Staatsausgaben. Da Steuererhöhungen politisch nicht beliebt sind, war die erste Lösung: Ein Verschieben auf die folgenden Generationen. Diese Politik ließ sich auch ethisch verteidigen. Immerhin erbt die nächste Generation eine gute Infrastruktur. Dafür werden sie später eben auch zur Zahlung herangezogen. Wenn Staaten aber mit mehr als 100 % des Volkseinkommens verschuldet sind, konnte dieser Weg nicht weiter begangen werden. Regierungen verschuldeten sich, um die heimischen Finanzmärkte zu schonen, daher im Ausland. Doch dies führte zur Abhängigkeit von den Finanzinstituten, die dann über IWF-Kredite Einfluss auf die Wirtschaftspolitik nehmen. Der türkische Präsident Erdogan will keinen Kredit des IWF, weil er die Unabhängigkeit der türkischen Wirtschaftspolitik erhalten will. Den Griechen wurde einst ihr harter Sparkurs von den Geldgebern vorgeschrieben. Da die Deutschen als Gläubiger aufs Sparen bedacht waren, bekamen sie heftige Kritik zu spüren. Das Leben mit „Schuldenmachen“ war gesellschaftlich sehr angenehm – solange jemand bezahlte. Die Deutschen spielten bei der Bonanza einfach nicht mehr mit. So wurde die Bundeskanzlerin in einer Karikatur in Griechenland als Hitler dargestellt. Eigentlich geschmacklos!

Einen neuen Zahler scheint Mario Draghi nun ausgemacht zu haben: Die deutschen Sparer. Durch die Niedrigzinspolitik werden alle Sparer in Europa gewissermaßen enteignet. Ein Jahrzehnt zuvor wurden die Deutschen von der Bundesregierung gebeten fürs Alter vorzusorgen, also zu sparen. Es gab Riesterrenten und andere Anreize zur Ersparnisbildung. Wer sich darauf verließ ist sieht sich heute verlassen. Auch die Lebensversicherungen, als Teil der Vorsorgeentscheidungen der Bürger, haben nun Probleme, ihre eingegangenen Renditeversprechungen auch einzulösen.

Wer sind nun die Gewinner und wer die Verlierer dieser neuen Geldpolitik? Diese Geldpolitik

führt zu einer Umverteilung von Arm auf Reich. Reiche können sich leichter gegen Niedrigzinsen absichern! Die wohlhabenden Spekulanten können sich fast zum Nulltarif hohe Geldsummen leihen und damit Realgüter kaufen, seien es Immobilien oder auch ganze Firmen. Diese riesige Geldschwemme sucht nun Anlagen. Die Preise für Immobilien steigen, was dazu animiert, weitere Kredite aufzunehmen und weiter in Immobilien zu investieren. Die beobachteten Mieterhöhungen sind aber auch das Ergebnis eines Nachfrageüberhangs an Wohnraum; es wurde nicht genug in den Wohnungsbau investiert und der Zuzug der Migranten nicht beachtet, die auch Wohnraum benötigen. Das Ergebnis der Geldmengenerhöhung wird möglicherweise eine Blase sein, die einmal platzen wird. erinnert sei an die Tulpenmanie in den Niederlanden (1633-1637) und an die Entstehung der Blase von 2006/2007, die zur weltweiten Finanzkrise führte.^[3]

Die niederländische Tulpenmanie zu Beginn des 17. Jahrhunderts kann als erstes Beispiel einer modernen Finanzkrise dienen. Die Preise für Tulpenzwiebeln rarer Arten stiegen an (da die Nachfrage höher war als das Angebot). Tulpenzwiebeln notierten regelmäßig an der Amsterdamer Börse. Die Preise (von mehreren Hundert US-\$ pro Zwiebel!) verselbständigten sich gegenüber dem Realwert. Eine Tulpenzwiebel entsprach 1610 der Mitgift einer Braut und seltene Arten dem Wert einer Brauerei in Frankreich. Steigende Preise führten zu Erwartungen weiterer Preissteigerungen. Ab 1633 wurden sogar Hypotheken aufgenommen, um an den Preissteigerungen zu partizipieren. Immer mehr Bürger wollten auf den Zug des Reichwunders aufspringen. Ganze Firmen wurden verpfändet. Diese beobachteten Wertsteigerungen waren aber nur fiktiv. Sie waren durch den materiellen Wert der Zwiebel nicht gedeckt. Ab 1637 bezweifelte man weitere Preissteigerungen. Wendepunkte, die leider nicht prognostizierbar sind, führen stets zu panikartigem Herdenverhalten! Es kam zum vorhersehbaren Crash! Über Nacht sanken die Preise und brachten den Ruin für viele holländische Familien. Man spricht von einer „Psychologie spekulativer Exzesse“. Infolge irrationaler Erwartungen brechen die Preise massiv ein – wieder zurück auf den realen Wert (kurzfristig auch niedriger!). Es kommt dann zum Platzen der spekulativen Blase! Diesem Muster folgten die meisten Finanzkrisen, auch die letzte.

II Fortsetzung: O Mario, mir graut vor Dir! Wann platzt die Draghi-Bombe?

Grundfragen der Wirtschaftsethik von Werner Lachmann

Die Nullzinspolitik geht also zu Lasten der Sparer und insbesondere der Spätesteiger. Gewinner sind allerdings auch die Staaten, die sich unbegrenzt Kredite zum Nullzins beschaffen können. Da, so heißt es offiziell, Staaten nicht Pleite gehen können, benötigen Banken für ihre Staatskredite kein Eigenkapital. Die Regierungen verschulden sich nun bei den nationalen Banken, diese Schuldtitel werden dann an die EZB weitergereicht und der Geldwert den nationalen Zentralbanken gutgeschrieben. Die Bilanz der EZB ist auf mehrere Billionen Euro ausgedehnt worden. Die Begünstigten einer solchen Regelung wollen diese natürlich nicht ändern. So konnte sich Deutschland gegenüber den südeuropäischen Ländern nicht durchsetzen, dieses bemängelte Staatsschuldenprivileg für Banken abzuschaffen.

Die deutsche Regierung hat allerdings keine Vision zur Gestaltung der Währungsunion entwickelt. Bei der Diskussion über die Zukunft der Währungsunion gerät sie immer wieder in die Defensive. Die anderen Länder hatten klare Ziele. Sie wollten die Dominanz der Bundesbank brechen und haben daher anfänglich beim Abschluss des Maastricht-Vertrags die Konvergenzkriterien, auf die Bundesfinanzminister Weigel stolz war, akzeptiert. Sie sollten den Konflikt zwischen Geldpolitik und Finanzpolitik vermeiden. Die südeuropäischen Partner (einschließlich Frankreich) wollten die niedrigen Kapitalmarktzinsen Deutschlands übernehmen, aber die Souveränität über die Finanzpolitik wollten sie nicht aufgeben. Nach der Akzeptanz des Maastrichtvertrages wurden die Konvergenzkriterien allmählich aufgeweicht und generell nicht eingehalten.^[4] Die neue politische Version der süd- und westeuropäischen Staaten liegt in der Schaffung einer Transferunion. Der französische Präsident Macron möchte sogar einen europäischen Finanzminister und eine gemeinsames Budget. Er begründet diese Forderung mit der Notwendigkeit einer europäischen Solidarität.

Diese Forderung nach Solidarität geht jedoch von einer falschen Voraussetzung aus. Italien, Frankreich, Griechenland, Spanien fordern Solidarität. Im Finanzbereich sollen die Sparer aller Länder für die Schulden der Schuldnerstaaten geradestehen. Man fordert Solidarität – ohne einen eigenen entscheidenden Beitrag zu den notwendigen wirtschaftlichen Reformen zu leisten. In Deutschland gibt es schon lange Sicherungsfonds der Finanzinstitute, die einspringen,

wenn ein Institut insolvent wird. Sparkassen, Raiffeisen- und Volksbanken sowie die Privatbanken haben sich so abgesichert. Diese sinnvolle Idee soll europaweit ausgedehnt werden. Aber solche nationalen Auffangsysteme für Finanzinstitute gibt es kaum in anderen Ländern. Italienische Banken sind hoch verschuldet. Es wird aber dennoch kaum etwas zum Schuldenabbau getan; die alte Verschuldungsstrategie wird weitergeführt. Immer wieder – entgegen europäischen Abmachungen – soll der Staat die maroden Banken unterstützen. Man fordert nur Solidarität aber gibt keine. Dabei erfordert echte Solidarität auch das Mittragen und verantwortliches Handeln der Solidaritätsempfänger, die sich nicht weiter verschulden sollten. Das einst wichtige gesellschaftliche Prinzip der Solidarität wird zu einem „Her mit deinem Geld!“ diskreditiert. Außerdem ist das gesellschaftliche Prinzip der Subsidiarität dem Prinzip der Solidarität übergeordnet.^[5] Von Subsidiarität ist wenig die Rede.

Diese neue Geldpolitik der EZB ist auch nicht zukunftssicher. Sollte es aufgrund der durch diese Politik hervorgerufenen Blasen wieder zu einer Wirtschaftskrise kommen, kann die EZB nicht nochmals die Geldschwemmenpolitik (dicke Berta) einsetzen. Sie hat einfach keine Munition mehr. Die EZB war nicht in der Lage rechtzeitig umzuschwenken. Dies wird wohl Draghis Nachfolger tun müssen – mit den zu erwartenden wirtschaftlichen Folgen. So kann Draghi in das kollektive Gedächtnis eingehen als der Retter aus der 2008er Krise, als Mann erfolgreicher Geldpolitik. Die Suppe auslöffeln muss allerdings der Nachfolger.

Verrücktes 2 %-Inflationsziel

Wie verteidigt die EZB eigentlich diese – langfristig gesehen – verrückte Politik? Sie starrt offiziell auf ein imaginäres 2 %-Inflationsziel^[6]. Draghi möchte eine Inflationsrate von knapp unter 2 % anstreben. Wieso eigentlich? Wackelt damit nicht der Schwanz mit dem Hund – statt umgekehrt? Sollten die Bürger nicht glücklich sein, dass die Preise nicht stärker ansteigen? Wie erklärt sich dieses festgelegte Ziel? Ist es nicht willkürlich? Eigentlich sollte diese 2 %-Grenze als „Höchstwert“ verstanden werden. Jahrzehnte waren die Inflationsraten weltweit zu hoch. Alle Länder, auch Deutschland, verpassten eigentlich das Ziel der Geldwertstabilität. So tauchte die politische Lösung auf, dass 2 % Inflation keine Inflation sei, sondern

das Ergebnis von statistischen Ermittlungsfehlern.

Da eine Nullinflation (Preisstabilität) also selten erreicht wurde, suchte die Bundesbank damals nach Gründen, warum eine Inflation von 2 % dennoch Preisstabilität bedeutete. Folgende systematischen Fehler werden von ihr bei der Ermittlung der Inflationsraten aufgeführt:

- *Production substitution bias*: Er entsteht durch die Verwendung des Laspeyres-Index. Dieser misst die Inflationsrate anhand eines festen Warenkorb. Kommt es bei der Änderung relativer Preise zu einer Verschiebung der Konsumgewohnheiten derart, dass preiswerte Güter verstärkt nachgefragt werden, so ist die ursprüngliche Gewichtung nicht mehr zeitgemäß und es kann zu einer Überzeichnung der Inflationsrate kommen.

- *Quality change bias*: Er entsteht durch die unzureichende Berücksichtigung von Qualitätsverbesserungen bei der Ermittlung von Preisänderungen. Der jährliche Modellwechsel führt zu dem Problem, inwieweit Preisänderungen nur Qualitätsverbesserungen oder eine Inflation andeuten. Statistisch ist es schwierig, Preisänderungen von Qualitätsänderungen zu unterscheiden. Aus diesem Grunde hat die Deutsche Bundesbank lange Zeit eine Inflationsrate von 1,5 % bis zu 2 % als Preisniveaustabilität angesehen, weil sie dahinter die preislichen Auswirkungen des technischen Fortschritts vermutete.

- *New product bias*: Dieser ergibt sich durch die verspätete Berücksichtigung neuer Produkte bei der Festlegung des Warenkorbes. Jährlich werden viele neue Produkte angeboten, die bei der Ermittlung der Preisindizes verzögert berücksichtigt werden. Da neue Produkte in den ersten Jahren nach der Markteinführung eine Tendenz von Preissenkungen aufweisen, wird auch hierdurch die Inflationsrate als zu hoch ausgewiesen.

- *Outlet substitution bias*: Er ergibt sich aus der unzureichenden Berücksichtigung von Strukturänderungen beim Kaufverhalten. Nach dem Laspeyres-Prinzip sollen die Preise typischerweise in den gleichen Geschäften erfasst werden, um die „reine Preisbewegung“ herauszufiltern. Strukturelle Änderungen im Kaufverhalten (Nutzung günstigerer Einkaufsmöglichkeiten über Internet oder Supermärkten) werden nicht berücksichtigt, so dass wiederum

Fortsetzung: O Mario, mir graut vor Dir! Wann platzt die Draghi-Bombe?

Grundfragen der Wirtschaftsethik von Werner Lachmann

eine Überzeichnung der Inflationsrate möglich ist. Die Bürger kaufen nicht mehr in den teuren Geschäften des Einzelhandels, sondern weichen auf Supermärkte und Discounter aus.

Neben diesen oben genannten systematischen Fehlerquellen sind noch Ermittlungsprobleme in folgenden Bereichen zu nennen:

- **Wohnungswirtschaft:** Für selbst genutzte Eigentümerwohnungen werden fiktive Entgelte angesetzt. Die Erfassung der Mieten erstreckt sich nur auf Wohnungen mit 3-4 Zimmern. Demzufolge gibt es keine Preisrepräsentanten für Einfamilienhäuser sowie Ein- und Zweizimmer-Wohnungen. Ebenfalls ergeben sich Probleme durch das Altern von Häusern und Wohnungen, so dass die Teuerung für Wohnungen unterzeichnet sein könnte.

- **Gesundheitssektor:** Im Gesundheitswesen werden von der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) die Güter ohne Berechnung (teilweise niedrige Eigenbeteiligung) zur Verfügung gestellt, da das Sachleistungsprinzip gilt. Die Versicherungsbeiträge werden in Lohnprozenten gemessen und mindern das verfügbare Einkommen. Ausgaben der GKV sind bei der Entwicklung des Preisindex nur fiktiv enthalten. Hohe Preissteigerungen bei Gesundheitsleistungen lassen jedoch vermuten, dass dadurch die Inflationsrate zu gering ausgewiesen wird.

- **Dienstleistungssektor:** Schwierigkeiten fallen auch bei den Dienstleistungen an, die immerhin mittlerweile zum größten Sektor moderner Volkswirtschaften geworden sind.

Gelegentlich wird auch die Frage aufgeworfen, ob nicht auch die Preise für Immobilien oder Aktien zu berücksichtigen sind, als Preise für zukünftige Güter und Dienstleistungen. Warum sollen die Zukunftspreise zukünftigen Wohnens oder zukünftiger Dividende bei der Inflationsrate anders behandelt werden als der Anstieg der Preise für Tomaten, Telefonate, Autos oder Urlaubsreisen? Die Bundesbank vermutete 1998, dass der Index der Verbraucherpreise die Inflationsrate um ca. 0,75 % zu hoch angibt.

Es erhebt sich aber die Frage, für wen diese neue Geldpolitik eigentlich gemacht wird? Wer sind die Nutznießer? Könnte es nicht sein, dass damit nur den südeuropäischen Schuldenstaaten geholfen werden soll? Werden damit nicht Politiker und damit Politiken unverantwort-

licherweise unterstützt, die keine Reformen durchsetzen können, aber an der Macht bleiben wollen? Könnte sogar die Nationalität Draghis eine Bedeutung haben? Eigentlich sollten die Mitglieder des EZB-Rates unabhängig von ihrer Nationalität entscheiden. Aber es scheint doch einen südeuropäischen und einen nord-europäischen Block zu geben. Die südeuropäischen Mitglieder des EZB Rates unterstützen mit ihrem Abstimmungsverhalten ihre Länder!

Die kurzfristige Bewertung dieser neuen Geldpolitik ist schwierig; Investoren wurden vor Panikentscheidungen bewahrt und damit wurde der große Crash vermieden; aber langfristig ist diese Geldpolitik aus ordnungspolitischer Sicht abzulehnen. Präsident Draghi will nur die zu befürchtende neue Krise als Folge des Umschwungs der Geldpolitik vermeiden. Das wird auf Dauer nicht gelingen! Ein Hinausschieben einer Änderung der Geldpolitik macht die zu erwartende Krise nur noch gravierender.

Was ist der Ausweg? Gibt es einen Weg zurück? Was sind dann die Konsequenzen? Die amerikanische Notenbank FED hat rechtzeitig mit einem Umschwenken der Geldpolitik begonnen und die Nullzinspolitik verlassen. Das war in einem wirtschaftlichen Aufschwung möglich. Diesen Weg sollte die EZB schnellstmöglich ebenfalls einschlagen. Allerdings ist eine solche Politik in einem Bundesstaat einfacher. In Europa haben wir keinen Bundesstaat und bei der Einführung des Euro wurde nicht darauf geachtet, inwieweit die Staaten zur Währungsunion fit waren. Es wurde nicht geprüft, ob die Eurostaaten ein optimales Währungsgebiet darstellten^[7].

Während des Europäischen Währungssystems (EWS), der Vorläufer der EWWU, entwickelte sich die DM zur europäischen Ankerwährung. In den 1980er und Anfang der 1990er Jahre gab es öftere Anpassungen der Wechselkurse (realignments). Die Forderung wurde erhoben, dass die DM den EWS verlassen sollte, die stabilen Länder wollten dann auch austreten. Es hätten sich dann ein schwacher Süd-Ecu und ein starker Nord-Ecu^[8] ergeben. Als Kompromiss erhöhte man die Bandbreite der erlaubten Wechselkursfluktuationen auf +/- 15 %.. Es müsste überprüft werden, ob es nicht sinnvoller sein könnte, dass Länder mit Anpassungsschwierigkeiten aus der Eurozone (nicht aus der EU) kurzfristig ausscheiden sollten, bis sich die

wirtschaftliche Situation über dann mögliche Wechselkursanpassungen gelöst haben.

Noch ist nicht klar, wie die immense Geldmenge in den Eurostaaten ohne große Turbulenzen zurückgeführt werden kann. Wie können die hohen Staatspapierbestände (einige Billionen Euro) bei der EZB eigentlich abgebaut werden? Muss es zu einem Crash wie vor einem Jahrhundert kommen? Wer wird dann die Suppe wieder auslöffen? Der kleine Mann kann sich nicht schützen; die Reichen können es wohl! Die wohlhabenden Verursacher werden leider wieder die lachenden Gewinner sein!

Biblische Bewertung

Die Bibel warnt generell vor dem privaten Schuldenmachen. So betont sie, dass der Schuldner dem Gläubiger hörig (zum Sklaven!) wird (Sprüche 22,7). Allerdings sind nur Konsumschulden gemeint. Über Investitionen spricht die Bibel nicht, weil eine Industriegesellschaft noch nicht bekannt war. Es ist für den Konsumenten ein Segen, keine Schulden zu haben. Das AT legt dar: Wenn Israel die Gebote Gottes einhält, wird es anderen Völkern leihen können und sich nicht verschulden müssen (5. Mose 15,6). Sollte es die Gebote Gottes allerdings nicht einhalten, dann „wird der Fremde, der in deiner Mitte ist, höher und höher über dich emporkommen, und du wirst tiefer und tiefer hinabsinken, Er wird dir leihen, du aber wirst ihm nicht leihen; er wird zum Haupt, du aber wirst zum Schwanz werden.“ (5. Mose 28, 43f.) Ist das nicht schon ein wenig die Erfahrung einiger Schuldnerstaaten?

Schulden müssen beglichen werden^[9]. Hier lassen sich geistliche Zusammenhänge sehen. Wie der Tod der Sünde Sold ist, so ist eine hohe Verschuldung eine Strafe Gottes und führt ins gesellschaftliche Verderben. Auch ökonomisch lassen sich die Kosten einer hohen Verschuldung aufzählen. Erinnert sei nur an die hohen Anpassungskosten, die bei Iren, Spanien, Portugalien und Griechen nicht zu vermeiden waren. Letztere aber wollten sie vermeiden und die die Schuld dann bei denen suchen, die ihnen geholfen haben. Allerdings sollte erwähnt werden, dass mit den Krediten der deutschen Wirtschaft geholfen wurde. Damit konnten die Griechen ihre Importe aus Deutschland bezahlen, was im Interesse der deutschen Wirtschaft lag. Der deutsche Widerstand gegenüber weiteren Krediten war deshalb nicht hoch! Beschämend wa-

Fortsetzung: O Mario, mir graut vor Dir! Wann platzt die Draghi-Bombe?

Grundfragen der Wirtschaftsethik von Werner Lachmann

ren trotzdem die griechischen Karikaturen von Kanzlerin Merkel als Hitler. Die Bibel ist ganz nüchtern: „Der Gottlose borgt und zahlt nicht zurück“ (Ps. 37,21) Wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand auf Pump sind gefährlich, wie jetzt auch das Beispiel der Türkei wieder zeigt.

Eine Überlegung zur Niedrigzinspolitik (NZP) sei angebracht: Negative Zinsen sind eigentlich Raub; sie verletzen das Gebot der Eigentums-sicherung. Immerhin heißt es in den Zehn Geboten „Du sollst nicht stehlen!“ (2. Mose 20,15; 5. Mose 5,19) Jesus wiederholt dieses Gebot (Matt 19,18) und auch Paulus weist in Röm. 13,9 darauf hin. Die NZP gefährdet auch die Existenz von Banken mit den wirtschaftlichen Konsequenzen für die gesamte Volkswirtschaft. Es ist also ein Gebot der Gerechtigkeit und der ökonomischen Vernunft, die NZP schnellstmöglich zu beenden.

Die Bibel warnt übrigens vor Überschuldung und leichtfertiger Haftung und Kreditaufnahme^[10]. In Sprüche 22, 26 f wird sogar davor gewarnt zu bürgen: „Sei nicht einer von denen, die mit ihrer Hand haften und für Schulden Bürge werden; denn wenn du nicht bezahlen kannst, so wird man dir dein Bett unter dir wegnehmen.“ Ähnlich kritisch Sprüche 11, 15: „Wer für einen anderen bürgt, der wird Schaden haben; wer aber sich hütet, Bürge zu sein, geht sicher.“^[11] Vor leichtfertiger Übernahme von geforderter Solidarität (eigentlich sollte Solidarität vom Geber ausgehen!) muss deshalb abgeraten werden. Entscheidend ist die Moralvorstellung der Schuldner. Was leisten sie zur Überwindung ihrer Notlage? Wie ernsthaft sind die Reformbemühungen? Eine bläuäugige Übernahme von Solidarität (Bürgschaft) wird biblisch verurteilt. Hier zeigt sich wiederum die nüchterne Einstellung der Bibel!

Fazit

In Goethes Faust klagt Gretchen zum Schluss: „Und alles, was mich trieb, ach war so gut, ach war so lieb!“ Vorher war sie allerdings noch unsicher, als sie ausrief: „o Heinrich, mir graut vor Dir!“ Noch stehen wir vor der wirtschaftlichen Katastrophe. Vielleicht lässt sie sich noch abwenden. Hoffentlich müssen deutsche Politiker

nicht auch in einem Jahrzehnt sagen: „Ach alles, was uns trieb, ach war so gut, ach war so lieb!“ Gut gewollt ist nicht gleich gut getan! Aber es ist eine neuartige Geldpolitik in einer stärker vernetzten Wirtschaft, in der Finanzmärkte eine dominante Rolle spielen, in der Kursbewegungen anscheinend ausschlaggebend sind für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft. Die Spekulanten scheinen dabei die Zentralbanken auf ihre Vorstellungen hinzuzwingen. Die ungeheure Masse an Zentralbankgeld weltweit: Wo ist sie, wo geht sie hin, wie beeinflusst sie (wenn überhaupt) die Realwirtschaft. Wir beobachten ein neues Spiel in der Wirtschaftspolitik dessen Ausgang ungewiss ist.

Nach Gott gilt das Gesetz von Saat und Ernte. Was der Mensch sät, so schreibt Paulus in seinem Brief an die Galater (6,7), wird er auch ernten. Und er warnt dabei: Irret euch nicht, Gott lässt sich nicht spotten. Langfristig werden wir ernten, was geldpolitisch gesät worden ist. Ich meine nicht, dass die Ergebnisse von Jahrzehnten der Forschung in der Geldpolitik zu den realen Auswirkungen der Geldvermehrung obsolet sind. Allerdings braucht Geldpolitik einen langen Atem, aber ihre Auswirkungen benötigen ebenfalls einen langen Zeitraum.

Anmerkungen

[1] *Within our mandate, the ECB is ready to do whatever it takes to preserve the Euro. And believe me, it will be enough.* Mit dieser Ankündigung des EZB-Präsidenten Mario Draghi am 26.7.2012 begann eine extreme Niedrigzinspolitik (NZP) in Europa.

[2] *Auch die bei Einführung des Euro erfolgten Zinssenkungen und niedrigen Inflationsraten wurden von den südeuropäischen Staaten wirtschaftspolitisch nicht zur Haushaltssanierung genutzt.*

[3] *Siehe z.B. Karl Farmer und Roland Mestel: Von der US-Immobilienkrise zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, in: Werner Lachmann et al. (Hrsg.): Die Krise der Weltwirtschaft. Zurück zur Sozialen Marktwirtschaft und die ethischen Herausforderungen auf dem Weg dahin. Münster 2011 (Lit), S. 23-55.*

[4] *Allerdings hat auch die Bundesregierung unter Kanzler Schröder an der Demontage der Konvergenzkriterien einen hohen Anteil!*

[5] *Vgl. Werner Lachmann: Exkurs: Subsidiarität, in: Christian Herrmann (Hrsg.): Leben zur Ehre Gottes. Themenbuch zur Christlichen Ethik – Band 2: Konkretionen, Witten (TGV SCM R. Brockhaus) 2010, S. 318-334.*

[6] *Auch andere Zentralbanken (z.B. die FED) verfolgen dieses 2 %-Ziel, wobei amerikanische Ökonomen die Inflationsrate noch anheben wollen, damit ein höherer Beschäftigungsgrad erreicht werden kann.*

[7] *Zur Diskussion zu optimalen Währungsgebieten, siehe: Ist die EWWU ein optimales Währungsgebiet? In: Werner Lachmann: Volkswirtschaftslehre 2., Anwendungen, 2. Aufl., Berlin et al. 2004 (Springer), S. 470-472.*

[8] *Der ECU (European Currency Unit) war die Verrechnungseinheit während der Zeit des EWS.*

[9] *Allerdings gab es für Israeliten alle 7 Jahre einen Erlass selbstschuldnerischer Bürgschaften. Gott will nicht, dass ein Mensch ein Leben lang verschuldet ist. Inwieweit das auf Staaten anzuwenden ist, ist kritisch. Hier müsste insbesondere auch das Subsidiaritätsprinzip beachtet werden. Der Schuldnerlass darf nicht dazu dienen, die Verursacher wieder gewinnen zu lassen.*

[10] *Siehe: William C. Wood: Subprime Lending and Social Justice: A Biblical Perspective, in: Journal of Markets and Morality 11:2 (2008), S. 189-203.*

[11] *Sprüche 17,18: Ein Tor ist, wer in die Hand gelobt und Bürge wird für seinen Nächsten. Drastisch ist auch die Formulierung in Sprüche 6,1-5: Mein Sohn, hast du dich für deinen nächsten verbürgt, für einen Fremden dich durch Handschlag verpflichtet, bist du durch ein mündliches Versprechen gebunden, gefangen durch die Worte deines Mundes, so tu doch das, mein Sohn: Rette dich, denn du bist in die Hand deines Nächsten geraten!*

□ Chancen, Risiken, Ursachen der Migration

Von Werner Lachmann

Sind es nicht doch Krokodilstränen, die Politiker und Medien über das grauenhafte Schicksal ertrinkender Migranten im Mittelmeer und anderswo weinen? In der Tat: Es sind Menschen „wie du und ich“ und jeder Mensch ist einmalig und lebt nur einmal. Welch eine Verzweiflung muss diese Menschen treiben und Welch eine fatale Hoffnung auf bessere Lebenschancen in Europa? Es scheint hier ein kurzfristig unlösbarer Konflikt vorzuliegen als Folge verfehlter Entwicklungspolitik im letzten Jahrhundert.

Trotz allen guten Willens der Gutmenschen können nicht alle leidenden Menschen aus krisengeplagten Entwicklungsländern in die Wohlfahrtsstaaten Europas aufgenommen werden.

Jedoch: Europa muss helfen – aber wie? Alle Schiffbrüchigen aufnehmen – das wäre gleichbedeutend mit „freier“ Einwanderung und zusätzlich eine Belohnung für die verbrecherischen Schlepperbanden. Vermehrte Militärpräsenz der NATO, wie vereinzelt gefordert, wird das Problem auch nicht an der Wurzel packen.

Es wäre daher sinnvoller (und ist schon verschiedentlich vorgeschlagen worden), legale Möglichkeiten der Einwanderung zu eröffnen. In den Botschaften und Konsulaten müssten Einwanderungsanträge gestellt werden können. Ob der „australische Weg“, wie grausam er auch scheint, nicht langfristig die überzeugendere Lösung darstellt? Auch die Philippinen schickten Schiffe mit Migranten zur Abschreckung wieder zurück aufs Meer.

Kurzfristig wird das Problem nur mit besserer Abschreckung zu lösen sein. Aber eine langfristige Lösung muss angestrebt werden! Daher ist nach den Ursachen der Migration zu fragen. Menschen wollen – verständlicherweise – ihre wirtschaftliche und persönliche gesellschaftliche Situation verbessern.

Daher: Ist das heutige Migrationsproblem nicht auch eine Folge der verfehlten Weltwirtschafts- und Entwicklungspolitik der Industriestaaten im letzten Jahrhundert? Viele europäische Staaten und die USA haben sich durch „Abschottung“ von der Drit-

ten Welt Wettbewerbs- und Entwicklungserfolge verschafft. Ein freier Welthandel, so lehrt die Ökonomik, führt zu einem Angleichen des Wohlfahrtsniveaus der beteiligten Staaten. Im 18. Jht. hat die Auswanderung aus Europa hier Wohlstandsmöglichkeiten eröffnet (höhere Löhne) – und gleichzeitig hat der Humankapitalimport der amerikanischen Entwicklung geholfen (in den USA Löhne gesenkt, was dort zu Protesten der Arbeiter führte). Nach ökonomischer Logik wandern entweder Menschen zu profitableren Arbeitsplätzen oder Waren und Dienstleistungen wandern und schaffen in den Exportländern Arbeitsplätze. Importe sind jedoch stets eine Gefahr für konkurrierende nationale Produkte. Exporte erhöhen dagegen die Beschäftigungsmöglichkeiten und den Wohlstand. Verständlicherweise schützen sich Nationalstaaten vor einer unkontrollierten Einwanderung. Sie könnten jedoch den Armen der Entwicklungsländer derart helfen, indem sie ihnen ihre Waren und Dienstleistungen zu einem fairen Wettbewerbspreis abkaufen. Genau das aber haben Unternehmen und Gewerkschaften in Europa und den USA über Jahrzehnte bewahren nicht verhindert.

Anstatt den Menschen der Dritten Welt ihre Waren abzukaufen haben Industriestaaten so genannte Entwicklungshilfe geleistet. Handel führt aber zu Wohlstand – nicht Geschenke! Ein Spötter bezeichnete Entwicklungshilfe einmal als ein „Nehmen des Geldes der Armen reicher Länder und ein Geben an die Reichen armer Länder“. Beiderseitige Korruption hat die durchgeführte Entwicklungshilfe versanden lassen und eine Entwicklung eher gehemmt. Allerdings haben sich die Eliten vieler Entwicklungsländer durch Entwicklungshilfe gerne korrumpieren lassen, weil diese Hilfe ihre politische Macht absicherte. Staatliche Hilfe muss nämlich über ihre Konten gehen! Entwicklungshilfe wird von Regierungen an Regierungen gegeben.

Ohne Zukunftschancen in ihrem eigenen Land bleibt den Menschen als Ausweg nur die Migration. Unser kurzfristiger wirtschaftlicher Vorteil hatte langfristig negative Folgen und kommt nun als Bumerang zurück. Mittlerweile haben europäische Staaten sogar ein Demographieproblem. Migranten sind daher jetzt willkommen,

weil wir sie brauchen. Kurzfristig scheint das wieder für die Industrieländer von Vorteil zu sein. Langfristig schadet dies wiederum der Dritten Welt.

Ein Beispiel möge das Problem aufzeigen: Als der Arbeitsmarkt nach der rasanten Entwicklung der Bundesrepublik in den 1960er Jahren spannte, hätten in einer Wettbewerbssituation die Löhne ansteigen müssen. Deutschland wählte jedoch den Import von Gastarbeitern. Das senkte die Löhne und hielt die Arbeitskosten niedrig. Gleichzeitig hatten die Firmen jedoch keinen Anreiz zu investieren. Die höheren Löhne hätten nämlich notwendigerweise zu Rationalisierungsinvestitionen führen müssen, was das Volkseinkommen – auch pro Kopf – hätte ansteigen lassen.

Die nicht überzeugende Familienpolitik führte nun zu einem demographischen Problem. Uns fehlen erneut Arbeitnehmer, die wiederum aus anderen Ländern kommen sollen. Kurzfristig mag es vernünftig klingen – jedoch, was sind die langfristigen Folgen?

Wir importieren dadurch Humankapital, also Menschen, die in armen Ländern eine gewisse Ausbildung bekommen haben. Es sind zusätzlich die aktiveren Unternehmertypen, die sich auf den Weg nach Europa machen. Das senkt die Wachstumschancen der armen Länder und erhöht weiter den Wunsch zur Migration. Arme Länder werden – sie sind für ihre jämmerliche wirtschaftliche Situation allerdings mit verantwortlich – ausgebeutet. Wir eignen uns ihr Humankapital an (brain drain). Ob nicht durch unkontrollierte Migration in Europa doch langfristig ethnische Konflikte entstehen können – mit religiösen Spannungen?

Wir sollten endlich Importe aus der Dritten Welt erleichtern und den dortigen Politikern ernsthaft die Funktionsweise und die Chancen einer „Sozialen Marktwirtschaft“ und guter Regierungskunst erläutern. In den 1980er Jahren hatte ich bei zwei Gelegenheiten an einem Abendessen mit dem jeweiligen „Entwicklungsminister“ dieses Thema angeschnitten. Die jeweilige Antwort: „Ach, am deutschen Wesen soll die Welt genesen.“ Und damit war die Sache vom Tisch. Allerdings hatte die ökonomi-

Fortsetzung: Chancen, Risiken, Ursachen der Migration

Von Werner Lachmann

sche Zunft – in der Folge des Siegeszuges des Keynesianismus - auch mehr gerechnet als ordnungspolitische Vorschläge für die Entwicklung von Ländern ausgearbeitet. Der einfache Gedanke: Mehr Hilfe mehr Entwicklung. Diese Sicht ist falsch! Einmal fragte ich meine Studenten: Wenn Sie monatlich 3.000 € bekämen, wie lange würden Sie studieren? Die Antwort der meisten: Bis zur Verrentung! Entwicklungshilfe hat korrumpiert und Entwicklungsländer erst zu solchen gemacht!

Wenn Entwicklungshilfe gegeben wird, dann mit Auflagen in Richtung Rechtsstaat,

funktionierender Bürokratie und Demokratie. Nur so lässt sich die wirtschaftliche Entwicklung fördern. Ohne wirtschaftliche Perspektiven in den Herkunftsländern werden die dortigen Menschen weiterhin den waghalsigen Weg nach Europa antreten und eine Abschottung wird auch mit Zäunen (siehe Mexiko – USA) nicht gelingen. Die Missionsgesellschaften haben übrigens eine Basis für eine eigenständige Entwicklung gelegt. Neben dem Evangelium haben sie landwirtschaftliche, hygienische und gesundheitliche Informationen weitergegeben. Das hätte zu einer Entwicklung von unten geführt! Mission wäre die beste lang-

fristige Entwicklungshilfe gewesen! Dann hätten wir dieses Migrationsproblem nicht. Die eigenzentrierte Entwicklungspolitik der Industriestaaten hat uns in diese ausweglose Situation gebracht – wobei ordnungspolitisch orientierte Wirtschaftswissenschaftler schon vor mehr als 50 Jahren auf diese Gefahren hingewiesen haben: Wenn wir die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in der Dritten Welt hemmen, bekommen wir ein schwereres Migrationsproblem – wie es nun eingetreten ist!

Technik im gesunden Maße

Von Elmar Nass

Was im Gesundheitswesen als technischer Fortschritt positiv klingt und auch ökonomisch attraktiv, muss nicht zuletzt nach der Enzyklika „Laudato si“ genauer unter die Lupe genommen werden. Hierzu drei Fragekontexte:

1.) Ist der Einsatz von Robotern in der Pflege und Kuschelrobben in der Arbeit mit Demenzkranken ein Zugewinn an Lebensqualität? Roboter federn die durch Fachkräftemangel entstehenden Engpässe in der Pflege ab. Kuschelrobben vermitteln den Eindruck körperliche Nähe. Dies könnten möglicherweise humanoide Roboter der Zukunft, die auch Gefühle simulieren könnten (wie Lächeln, Hände drücken), noch besser.

2.) Durch medizinische Nutzung von Big-Data tun sich neue Möglichkeiten verbesserter Diagnostik auf, weil komplexe Zusammenhänge schneller und exakter vernetzt werden. Es könnte auch der Ausbruch von Krankheiten vermieden werden. Wollen wir ungebremst weiter in diese Richtung steuern?

3.) Sollen dabei die Krankenkassen die Schaltstelle sein, bei der umfassend alle digitalen Patientendaten zusammenlaufen, um so den behandelnden Ärzten einen ganzheitlicheren Überblick zu ermöglichen?

Christliche Ethik bietet hierzu anwendungsbezogene Orientierungen an. Der christliche Bewertungskompass schlägt dabei immer so aus, dass ein legitimer Technikeinsatz dem guten Leben (im Sinne einer verantwortlich gelebten Heilsbestimmung des Menschen) dienen muss.

Das heißt konkret:

1.) Die Kommunikation mit einem humanoiden Roboter oder der künstlichen Kuschelrobbe ist bar jeder Heilsrelevanz. Sie ist deshalb kein aus sich legitimer Dienst am betroffenen Menschen, ganz abgesehen davon, dass solche Kommunikation mit ihrer womöglich täuschenden Imagination das Menschenbild verschwimmen lässt und vorgetäuschte Gefühle als echt empfunden werden. Der Einsatz von Kuschelrobotern ist bei an Demenz erkrankten Menschen nur akzeptabel, wenn dadurch neue Räume für ehrliche menschliche Begegnung entstehen. Denn das Gefühlsleben des Menschen darf nicht durch Täuschungen deaktiviert werden. Der Einsatz von Pflegerobotern ist als Hilfsmittel grundsätzlich unbedenklich. Jedoch sollten humanoide Formen vermieden werden, weil diese menschliche Kontakte vortäuschen, Gefühlsleben und Beziehungen manipulieren und gesellschaftlich dazu beitragen, die herausgehobene Würde

des Menschen als Person in Abgrenzung zu solchen Maschinen zu relativieren.

2.) Eine umfassende Big-Data-Kultur, die dazu führt, dass betroffene Nutzer damit überfordert sind, etwa in der Auswertung von unendlichen Datenmengen oder der praktischen Handhabung, ist problematisch, wenn dadurch die zumutbare Übernahme von Verantwortung erschwert wird. Weil Menschen angesichts der ihnen von Gott mitgegebenen Talente eine Verantwortung auch vor sich selbst haben, sollten sie solchen Technikeinsatz ablehnen, sobald sie durch eine zwangsläufig verursachte Erfahrung des Scheiterns das biblische Gebot der Selbstliebe verletzen. Diagnosen und Therapien dürfen auch nicht allein von sich selbst steuernden Algorithmen vorgenommen werden, weil diese gerade den Menschen als Person (und Gottes Ebenbild) nicht mehr im Blick haben und ihn auf Zahlen und Datenkolonnen reduzieren. Technik darf und soll entlastend wirken.

Doch am Ende müssen Entscheidungen durch einen Mensch-zu-Mensch-Kontakt getroffen werden. Der Einsatz von Technik darf sich nicht verselbstständigen, denn sie hat keine Seele und erkennt etwa im Patienten auch keine Seele. Sie kann so auch keine Verantwortung übernehmen. Die Wirkmacht Gottes mit zu berücksichtigen ist für

▣ Fortsetzung: Technik im gesunden Maße

Von Elmar Nass

sich selbst steuernde Technik unmöglich, weil sie Metaphysik, Liebe und Gottes Heil nicht in ihre Sprache übersetzen kann. Dafür müssen Menschen die letztlich entscheidenden Akteure bleiben, die Technik benutzen, aber nicht von ihr seelen- und gottlos determiniert werden.

3.) Die Verbesserungsmöglichkeiten für Therapie und Diagnose durch sinnvolle Datenspeicherung ist zu begrüßen, weil sie

dem Leben dienen können. Krankenkassen halten sich womöglich für die angemessenen Schnittstellen solcher Bündelung. Damit sind aber Risiken des Missbrauchs verbunden, die sich aus einer realistischen Betrachtung des auch egoistischen Menschen und durch Marktanreize ergeben. Wünschenswert wäre dagegen eine unabhängige Schnittstelle, die solche Daten der Krankenkassen zusammenführt und so un-

eigennützig dem Menschen dient und Missbrauch verhindert.

Anmerkungen

Kolumne, in: Die Tagespost 26.1.2018. In Kooperation mit der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach.

■ Klaus Meyer zu Uptrup, Ehe und Sexualität neu sehen lernen Familienpolitik – Rentenpolitik – Bildungspolitik, Auswege aus dem beschädigten Generationenvertrag

Buchrezension von Bernhard Würfel

LIT-Verlag Berlin 2017, Reihe Zeitdiagnosen, Bd. 36,24, 90 €, ISBN: 978-3-643-13831-6

Der Verfasser, langjähriger Professor für Praktische Theologie in Heidelberg, büstet kräftig gegen vorherrschende Meinungen. Anlass für diese tiefgründige Untersuchung ist ein Presseartikel aus dem Jahre 2002 des Mainzer Politologen Jürgen Falter zum Thema „Die gefährliche Lust an der Kinderlosigkeit“ (S. 186). Was der Wissenschaftler zur demografischen Entwicklung klar analysiert hat, fand bei Verantwortlichen in der Politik und innerhalb der evangelischen Kirche keine Resonanz. So formuliert der Verfasser im Dialog mit Jürgen Falter selbst 10 Thesen zum Thema „Der große Rentenirrtum und das demografisch unterspülte Fundament der Familienpolitik.“ (S. 188), der erste Schritt für seine vorliegende Abhandlung, zu der er vom früheren Berliner Bischof und EKD-Ratsvorsitzendem Wolfgang Huber angeregt wird. Seine gründliche Untersuchung betrifft zunächst den Generationenvertrag, der als vorstaatliches Recht jeder menschlichen Existenz zugrunde liegt (S. 20). Dieser beschreibt die beiden Pflichten, die jeder Mensch zu erfüllen hat: die Fürsorge für die alten Eltern und das Aufziehen von Kindern (Generativität), die für ihn sorgen, wenn er alt ist. „Der Generationenvertrag

ist darum die Grundbedingung für die Existenz jedes einzelnen Menschen und jedweden Gemeinwesens vom Dorf über die Stadt bis zum Staat.“ (S. 24) Diese beiden Fürsorgepflichten der mittleren Generation entsprechen den Ansprüchen aus dem „Naturrecht“, wie es der Verfasser an drei ganz unterschiedlichen geschichtlichen Zeugnissen nachweist: bei Aristoteles, bei Johann Peter Hebel und an der Bibel selbst, hier am Elterngesetz des Alten Testaments.

Unser derzeitiges Rentensystem musste nach dem zweiten Weltkrieg neu aufgebaut werden. Wilfrid Schreiber, Volkswirtschaftler und Mathematiker, Geschäftsführer des Bundes katholischer Unternehmer, hat bei diesem Aufbau des Rentenwesens den damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer zu dieser Rentenreform 1957 beraten. Wilfried Schreiber entwickelt einen Solidarvertrag zwischen je zwei Generationen, zwischen den jeweils „Arbeitstätigen“ und der Elterngeneration, dass diese im Alter von den Erwerbstätigen mitversorgt wird und zwischen den jeweils „Arbeitstätigen“ und der noch nicht geborenen Kindergeneration für ihren Unterhalt in Kindheit und Jugend. Damit hat Wilfrid Schreiber die beiden Säulen des Generationenvertrages erhalten (S. 38). Gemäß dieser beiden Pflichten sollten zwei Kassen eingerichtet werden: eine Umlage – Rente für alle Al-

ten. Hier werden die eingehenden Beiträge nicht für die Einzahler angelegt, sondern zugleich als Rente an die ältere Elterngeneration ausgezahlt. Die zweite Kasse ist eine Art Darlehnskasse für die Kosten der Kinder. Alle Männer und Frauen müssen in diese Kasse die Kosten der eigenen Kindheit und Jugend zurückzahlen, auch die Kinderlosen, und zwar doppelt soviel wie ein Ehepaar mit zwei Kindern, damit sie nicht kostenfreie Nutznießer werden an der nachfolgenden Generation, für deren Kindheit sie keine Kosten als Eltern übernommen haben. Ausgezahlt wird aus dieser Darlehnskasse treuhänderisch über die Eltern an die Kinder. Diese müssen später als Erwachsene vom 35. Lebensjahr an zurückzahlen, wobei die Beiträge nach der Anzahl der Kinder gestaffelt sind, desto kleiner die Beiträge, je mehr Kinder sie aufgezogen haben. Die Altersversorgung konnte nur der erhalten, wer sich auch an dem vollen Gewicht der Kinderkosten beteiligt hatte. „Kinder oder nicht – beides kommt gleich teuer!“ (S. 39). Damit hat Wilfrid Schreiber die Tiefenstruktur des Generationenvertrages erhalten. Wilfrid Schreiber hatte nach Umlage und Rente diese Pläne Konrad Adenauer vorgelegt, der die Kasse mit den Kinderkosten mit den Worten vom Tisch gewischt hat: „Kinder kriegen die Leute immer“. Damit wurde aber der Generationenvertrag „verstümmelt“ (S.48), da Kin-

■ Fortsetzung: Ehe und Sexualität neu sehen lernen

Buchrezension von Bernhard Würfel

der nun keine Rolle mehr spielen. Und wie der Verfasser bei einem Gespräch im Juni 2010 im Bundessozialministerium selbst zu hören bekam „sei ein Denken in Generationenzusammenhängen in unserer Gesellschaft nicht mehr vorhanden und nicht mehr zu wecken.“ (S. 48).

Mit dieser damaligen Entscheidung werden nun seit Jahrzehnten Familien diskriminiert, in dem diese jährliche Transferkosten in Höhe von rund 40 – 60 Milliarden Euro zugunsten der Kinderlosen zu tragen haben. Jürgen Borchert, ehemals Vorsitzender Richter am hessischen Landessozialgericht, hat es auf den Punkt gebracht: „Wie der Staat den Familien die Sau vom Hof klaut und drei Koteletts zurückbringt“ (S. 101). Ein wichtiges Kapitel (S. 103 ff) widmet sich dem „Beitragskinderurteil“ des Bundesverfassungsgerichts vom 3. April 2001: Nachdem sich an der Pflegeversicherung eine Benachteiligung von Familien gezeigt hatte, war ein Auftrag an die Politik ergangen, alle generationenübergreifenden umlagefinanzierten Sozialsysteme daraufhin zu prüfen und zu berichtigen: Gleichstellung von Eltern und Kinderlosen hinsichtlich ihres Aufwandes für ihr Rentenalter, für Krankheit und Pflege, Beitragsäquivalenz von Kindererziehung („Generativität“) und Geldbeiträgen. Der Auftrag wurde bis heute nicht angemessen umgesetzt. Einsprüche scheiterten schon mehrmals, zuletzt 2017 am Bundessozialgericht in Kassel. In der Veröffentlichung „Sozialstaatsdämmerung“, die der Verfasser heranzieht, sieht Jürgen Borchert durch die demographische Entwicklung erhebliche wirtschaftliche Risiken auf unseren Sozialstaat zukommen (S. 102). Bevölkerungswissenschaftler können exakte Angaben machen, wie weit eine Geburtenrate absinken darf, dass die Kosten für Kinder (Kinderlast) und Alte (Altenlast) in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander sind und nicht die Gefahr besteht, dass die Bevölkerung schrumpft unter die Bestandserhaltung hinein in eine „Sozialstaatsdämmerung“ (S. 56). Der Verlust des Denkens in Generationenzusammenhängen hat nicht nur Folgen für Gesetzgebung und Rechtsprechung, sondern prägt das sexuelle Verständnis und Verhalten. Damit einher geht daher die Tendenz, sich Spielräume für Lebensformen zu erkämpfen, die eher auf sexuelle Selbstverwirklichung abheben als

dass man auch Kinder will, eine auf paarweise Lust verengte Sexualmoral, die heute auch von Teilen der Genderbewegung im Hinblick auf sexuelle Vielfalt bis hinein in Unterrichts- und Lehrpläne gezielt gefördert wird. Um „Ehe“ und „Lebenspartnerschaft“ gleichzustellen, werden diese in einem davon abgetrennten Familienbegriff neu definiert in einen erweiterten Familienbegriff im Schutzbereich des Grundgesetzes (Art 6, GG), der alle Formen gelebter Eltern – Kind - Beziehungen einschließt wie Einelternfamilien, Lebenspartnerschaften und nichteheliche Lebensgemeinschaften. Der Kampf um den ursprünglichen Ehebegriff ist in Bezug auf die Zivilehe des Staates bis hin zu Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts verloren gegangen. Ist das „generative“ Moment“ (Aufziehen von Kindern) als konstitutives Element aus dem Ehebegriff entfernt, so bleibt vom ursprünglichen Sinn der Ehe nur eine leere Hülse“. (S. 58). Das Verständnis von Sexualität im Grundgesetz bei seiner Abfassung 1949 und in der Bibel ist einer Münze vergleichbar mit zwei Seiten: die erste Seite des Bildes ein Liebespaar, auf der Rückseite des Bildes eine Mutter, die ihr Kind stillt. Beide Seiten kann man nicht gleichzeitig wahrnehmen; denn die Zweisamkeit der Liebeslust ist abgeschirmt vom Elternsein, aber beide gehören zusammen. „Zur Sexualität gehört die Generativität“ (S. 157).

Seit Adenauers Rentenreform, also seit mehr als 60 Jahren beherrscht dieser Rentenirrtum die Familien und die Rentenpläne zum Schaden des Staates (S. 60). Martin Werding, früher Ifo – Institut für Wirtschaftsforschung, München, heute Universität Bochum, hat errechnet, dass Familien mit jedem Kind im Durchschnitt 79. 000 € an den Staat transferieren. Ein durchschnittlicher 13 – jähriger wird im Laufe seines Lebens 77. 000 € mehr in die Rentenkasse einbezahlen, als er später herausbekomme (S. 77).

Nun versucht die Politik durch Zuwanderung die fehlenden ungeborenen Arbeitskräfte auszugleichen. Mit Recht fragt der Verfasser mit dem renommierten Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg, ob dies ethisch gerechtfertigt sei. Gehören die Rentenbeiträge der Zugewanderten nicht in ihre Länder überwiesen und die Ausbildungs-

sen diesen Staaten erstattet? Ist es nicht demographischer Kolonialismus, der hier betrieben wird? (S. 62). Der Verfasser nimmt daher die Kirchen in die Pflicht im Hinblick auf ihre Erziehungsarbeit und die gesamte Erwachsenenbildung mit konkreten pädagogischen inhaltlichen Vorschlägen, wie in Unterricht und Gemeindearbeit ein neues Bewusstsein des Generationenvertrages geweckt werden kann als Grundbedingung menschlichen Lebens und Kultur und als Rück Erinnerung auf das biblische Elterngebot. Auch das Gespräch zwischen Eltern und Kinderlosen im Hinblick auf eine gerechte Regelung hat hier seinen Platz (S. 135 – S. 139).

Den bisherigen Ausführungen ist eine zweite Studie angefügt: „Die vergessene Wahrheit der Ehe und die Schäden bzw. Folgen ihres Vergessens“, die zunächst nichts miteinander zu haben, aber doch zusammengehören. Diese Gedanken ergeben sich zwangsläufig, wenn man die heutige Debatte in Kirchenleitungen und Synoden verfolgt. Muss die Kirche den um Elternschaft und Kinder entkernten Ehebegriff des Staates auch für sich anerkennen und darf sie das in Bindung an Schrift und Bekenntnis? Die Kirche ist in und mit unserer modernen Gesellschaft zwei Trends ausgesetzt: einem Werte- und Bewusstseinswandel mit der Folge von Austritten und einem demografischen Wandel mit der Streichung von Pfarrstellen. Beides hat zunächst nichts miteinander zu tun. Doch da täuscht man sich. Denn die Leitideen des Werte- und Bewusstseinswandels enthalten Irrtümer, die die Folgen des demografischen Wandels hervorrufen, die Missachtung der Generativität, die zur Sexualität gehört, des Generationenvertrages und Ehe als Gemeinschaft von Mann und Frau. „Es zeigt sich, dass die Leitideen des „Werte- und Bewusstseinswandels“ Irrtümer enthalten, welche die genannten Grundgegebenheiten durch willkürliche Institutionalisierungen beschädigen und so die Folgen des sog. „demografischen Wandels“ hervorgerufen haben.“ (S. 152). Letztlich kam es unter dem geistigen Einfluss der Schwulenbewegung zu einer Uminterpretation der Begriffe „Ehe und Familie“ im Grundgesetz. Kinder zählen nicht mehr zum Begriff der Ehe; sie sind in einen „erweiterten Familienbegriff“ verschoben, unter dem sich verschiedene sexu-

■ Fortsetzung: Ehe und Sexualität neu sehen lernen

Buchrezension von Bernhard Würfel

elle Lebensmodelle mit Kindern unter den Schutz des Grundgesetzes begeben haben. Der Staat hat Homosexuellen die rechtliche Möglichkeit einer „eingetragenen Lebensgemeinschaft“ eröffnet und diese mit der „Ehe“ gleichgestellt. Damit wird aber der Ehebegriff um Eltern und Kinder entkernt. An die Kirche stellt sich nun die Frage, ob sie diesen neuen Ehebegriff des Staates in ihrer Bindung an Schrift und Bekenntnis anerkennen muss und darf. Damit hat sich aber auch der Staat von seinem bisherigen Verständnis von Ehe und Familie entfernt. Die Trauung beim Standesamt war die Anerkennung der Ehe unter dem Schutz des Staates, weil die Weitergabe des Lebens in der Kette der Generationen für das Gemeinwesen Staat und für die Eheleute in ihrem Alter überlebenswichtig ist. Daher wurde bisher Artikel 6 des Grundgesetzes „Ehe und Familie“ als Einheit gesehen. Denn Ehe ist die Keimzelle für das Weiterleben des Staates in der Folge der Generationen. Bei der kirchlichen Eheschließung bekräftigt das Brautpaar das Eheversprechen vor Gott, ihre Ehe unter den Segen Gottes in der Bereitschaft, Kinder als Geschenk Gottes anzunehmen. Der biblische Satz „Seid fruchtbar und mehret euch!“ ist nach biblischem Verständnis (Claus Westermann) die Wurzel des Segens. „Ein davon abgeschnittener Segensbegriff kann nur wie eine Schnittblume verwelken.“ (S. 155). Denn die „Ehe ist ein Glied im Zusammenhang der Generationen und verbindet so Natur und Kultur.“ (S. 159). Der ursprüngliche Ehebegriff des Grundgesetzes von 1949 umfasst die ganze Wahrheit von Sexualität, Liebeslust und Freude an Kindern, eben die Generativität in der Wortverbindung „Ehe und Familie“. Auf dieser Grundlage war die standesamtliche Trauung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften nicht möglich. Um dies zu ermöglichen wurde der Ehebegriff uminterpretiert im Horizont eines „homosexuellen Geistes“, der Kinder nicht im Blick hat. So fragt der Verfasser: „Darf die Kirche ihren biblisch – theologischen Ehebegriff, der die ganze Wahrheit der Sexualität umfasst und mit dem ursprünglichen Ehebegriff des Grundgesetzes übereinstimmt, preisgeben zugunsten der Halbwahrheit einer neuerlichen staatlichen Uminterpretation von Ehe ohne Generativität?“ (S. 161).

Dabei geht der Verfasser auch auf die umstrittene Bibelstelle 3. Mose 18, 22 ein. Was heißt „Gräuel?“ Der Geschlechtstrieb ist auf das jeweils andere Geschlecht gerichtet mit einer angeborenen instinktiven Hemmung, gleichgeschlechtlich zu verkehren. Gott verstärkt mit einem Gebot diese angeborene Hemmung. Für uns Heutige ist eine Todesstrafe dafür unverständlich, aber für einen Nomadenstamm in der Wüste damals musste homosexuelles Verhalten als sozialschädlich, ja tödlich, empfunden werden. Solche Menschen haben keine Kinder. Wer soll sie im Alter versorgen? Durch dieses ihr Verhalten untergraben sie die Ehe in jeder Form. „Das biblische Verbot nimmt Menschen in Verantwortung, die sich „homosexuell“ verhalten, aber auch anders können, die also aus einem homosexuellen Geist handeln (Die, die nicht anders können, bleiben hier aus dem Spiel). „Weil das Leben sterblich ist und Gott die Weitergabe des Lebens in die Folge der Generationen will, hat er die Lust der Zweisamkeit verbunden mit der Fruchtbarkeit, der Generativität von Mann und Frau. Solches zu unterbinden ist für Gott ein Gräuel. Das ist für Gott der springende Punkt!“ (S. 161).

„Lust ohne Kinderlast – das ist der Geist des Werte- und Bewusstseinswandels, der den Geburtenmangel zeugte und damit die demografisch verursachten Schäden in der Wirtschaft und in den Sozialsystemen.“ (S. 165). Wofür ist die gleichgeschlechtliche eingetragene Lebenspartnerschaft ein Symptom? Wofür setzt die Kirche mit einer öffentlichen Trauung oder Segnung gleichgeschlechtlicher Paare ein Zeichen?“ S. 164. Die „Homoehe“ ist nur ein Symptom der tieferen Schäden des Werte- und Bewusstseinswandels und in dieser Folge ein Zeichen der beschädigten Grundgegebenheiten unseres Menschseins: der Abwertung der Generativität und deren Vergessen im Generationenvertrag und des staatlich um die Generativität verstümmelten Ehebegriffs und so der milliardenschweren Diskriminierung der Generativität von Eltern.

Der anfänglich verborgene homosexuelle Geist zeigt sich neu als Gender. Damit ist im Unterschied zum angeborenen Geschlecht das anerzogene „soziale Geschlecht“ gemeint, das grundsätzlich für das Individuum frei wählbar sei – eine die

Generativität verachtende Sexualtheorie, die letztlich sozialschädlich ist. Denn sie entzieht den Menschen seiner Pflicht, für alle Kosten seines Lebens im Generationenzusammenhang einzustehen und diese nicht anderen aufzubürden. Daher ist die „Trauung einer gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft“ als „Ehe für alle“ ein Zeichen, welches die Kirche zurückfragt, ob sie die biblisch bezeugten Grundgegebenheiten menschlicher Existenz, Sexualität, Generationenvertrag und Ehe, nicht mehr kennt und blind den Irrtümern des gesellschaftlichen Werte- und Bewusstseinswandels, also dem „Zeitgeist“ folgt. (S. 174). Der Verfasser erhebt am Ende seiner Darlegungen mehrfache Forderungen: eine wahrhaft politische Diakonie der Ökumene, da „in einer säkularen Gesellschaft die Kirche nur mit einer Stimme so gehört wird, dass ihr Wort Gewicht gewinnt“, (S. 178) obwohl durch den Streit um die sog. „Homo – Ehe“ die Ökumene zum Zerreißen belastet ist. Gefordert wird erstens, den Generationenvertrag in das Bildungswesen einzubringen, entgegen dem Genderwahn, der zur Zeit in Bildungsplänen verankert wird; zweitens die Kräfte zu unterstützen, die auf eine Fehlerberichtigung im Rentensystem dringen. Damit ist verbunden eine Auslegung des bleibenden Elterngeldes in Predigt und Unterricht, die Berichtigung im Rentenwesen nach der Wahrheit des Generationenvertrages mit konkreten Vorschlägen (S. 181).

Der Verfasser greift ein Thema auf, das über Jahrzehnte in der breiten Öffentlichkeit ignoriert wurde, aber inzwischen hochaktuell geworden ist. In seinem kürzlich erschienenen Buch „Der Abstieg des Westens“ benennt der ehemalige Außenminister Joschka Fischer die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu den aufstrebenden Ländern Asiens wie zum Beispiel China. Die demografische Entwicklung durch die zunehmende Alterung unserer Gesellschaft bringt dem Standort Deutschland mittelfristig erhebliche Wettbewerbsnachteile, da uns durch die demografische Entwicklung die Facharbeiter fehlen und wir die steigenden Sozialkosten nicht mehr bewältigen können. „Sozialstaatsdämmerung“ nennt es Jürgen Borchert in seinem 2013 erschienenen Buch. Wenig bekannt ist, dass dadurch die Familien mit Kindern seit Jahr-

■ Fortsetzung: Ehe und Sexualität neu sehen lernen

Buchrezension von Bernhard Würfel

zehnten benachteiligt werden. Über diese Benachteiligung spricht kaum jemand; sie wird auch in der evangelischen Kirche kaum diskutiert. Aber die Berechnungen sind bekannt. Martin Lohmann spricht vom „Etikettenschwindel“ Familienpolitik (S. 65), Max Wingen, ehemaliger Präsident des Statistischen Landesamtes Baden – Württemberg, von der „eindeutigen Prämierung der Kinderlosigkeit!“ (S. 73), Paul Kirchhof, der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht Karlsruhe, verfolgt schon seit Jahrzehnten das Anliegen „Gerechtigkeit für Familien“ (S. 74) ohne Ergebnis, Martin Werding, Wissenschaftler im Forschungsbereich Sozialpolitik an der Universität Bochum, spricht von einer „Diskriminierung der Entscheidung für Kinder“ und nicht zu vergessen der bekannte Demografie – Experte Herwig Birg, der uns „Dreißig Jahre nach zwölf“ sieht, obwohl doch Vorausberechnungen im Rahmen der Bevölkerungspolitik als sehr verlässlich gelten, da für die Gegenwart konkretes Datenmaterial vorliegt (S. 83). Der Entscheidung von Synoden und Kirchenleitungen, gleichgeschlechtliche Partnerschaften zu segnen oder gar zu trauen begegnet

der Verfasser mit einer klaren eindeutigen Haltung: Synodus locuta, causa – non! – finita ... „Die Synode hat gesprochen. Basta!“ – „Mitnichten!!“ (S. 150). Der Staat hat Homosexuellen die rechtliche Möglichkeit einer standesamtlich „eingetragenen Lebenspartnerschaft“ eröffnet und diese der „Ehe“ gleichgestellt. „Homoehē“ ist jedoch kein rechtlicher Begriff, sondern ein Wort aus der Umgangssprache. Es bringt zum Ausdruck, dass es Homosexuelle gibt, die Wert darauf legen, dass sie vor dem Standesamt heiraten wollen und auch eine „richtige Hochzeit“ in der Kirche zu feiern wünschen. Es bleibt aber die Frage, ob die christliche Kirche diesen um Elternschaft und Kinder entkernten Ehebegriff des Staates für sich anerkennen muss und ob sie das in ihrer Bindung an Schrift und Bekenntnis überhaupt tun darf gerade auch im Hinblick auf die Trauung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Dabei geht es dem Verfasser nicht um eine Diskriminierung homosexueller Menschen, sondern um die breite kritiklose Akzeptanz des „homosexuellen Geistes“, bei dem die Generativität ausgeblendet bleibt. Dass Homosexuelle untereinander in einem solchen Geist leben kön-

nen, sei ihnen unbenommen. Aus Sicht des Staates sind solche Beziehungen, aus denen keine Kinder hervorgehen, eine zu schützende Privatsache. Aber damit ist nur die halbe Wahrheit der Sexualität bezeichnet, da eben die Generativität fehlt. Die Kirche darf aber ihren biblisch – theologischen Ehebegriff nicht preisgeben zugunsten der Halbwahrheit einer staatlichen Uminterpretation von Ehe ohne Generativität. Damit hat der Verfasser der kirchlichen Trauung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften eine klare Absage erteilt. Die Thesen Verfassers werden Widerspruch erzeugen. Es geht ihm um eine anthropologische Wahrheit, die biblisch bezeugt und von der Vernunft einsehbar und nicht zu widerlegen ist. Für seine Offenheit, seinen Mut ist ihm zu danken, seinem Buch ist deshalb eine weite Verbreitung zu wünschen. Letztlich geht es ihm um unser aller Zukunft. Das betrifft vor allem auch die jüngst von der Bundesregierung berufene „Rentenkommission“ unter Bundessozialminister Hubertus Heil. Ziel ist „ein stabiler Generationenvertrag“. Dies in der Presse zu verlauten, reicht nicht hin. Man muss die zwei Pflichten des Generationenvertrages kennen und danach handeln.

■ „Mr. GWE“ zum Ehrenvorsitzenden berufen

GWE würdigt herausragende Verdienste von Werner Lachmann, von Karl Farmer

Lieber Tagungsleiter, sehr geehrte Referenten, sehr geehrte Tagungsteilnehmer/-innen, sehr geehrter Herr Prof. Haupt, sehr geehrter Herr Professor Lachmann, lieber Werner!

Im März dieses Jahres hat mich Prof. Jung, der stellvertretende Vorsitzende der Gesellschaft zur Förderung von Wirtschaftswissenschaften und Ethik, kurz GWE, angemailt. Er hat angefragt, ob ich zur diesjährigen Jahrestagung, gemeinsam von GWE und Wort und Wissen, Fachgruppe Wirtschaft veranstaltet, kommen würde und bereit wäre, die Laudatio für Prof. Lachmann anlässlich der Verleihung des GWE-Ehrenvorsitzes an ihn zu halten. Ich habe sofort mit Freude zugesagt und fühle mich sehr geehrt, diese Lobrede halten zu dürfen. Ich durfte ja zwei Jahrzehnte lang Werner Lachmann als ersten Vorsitzenden der

GWE als Stellvertreter unterstützen und habe dabei seinen außergewöhnlichen und viel Zeit und Geld beanspruchenden Einsatz als Vorsitzender für diese von ihm und anderen im Jahr 1988 gegründete wissenschaftliche Gesellschaft erlebt.

Man kann Lachmanns Wirken in und rund um die GWE mit einem Wort zusammenfassen: Werner Lachmann ist Mr. GWE. Der Verein GWE wurde von ihm (mit)gegründet, von ihm fast dreißig Jahre lang kraftvoll geleitet und er hat dank seiner Vorsicht und Sparsamkeit dem Verein zu einem soliden finanziellen Fundament verholfen. Aber ich würde Lachmanns Wirken in keiner Weise gerecht werden, würde ich sein Tun auf sein Wirken als Vorsitzender eines Vereins reduzieren, der zwei Vorstandssitzungen, eine Mitgliederversammlung und

die Jahrestagung leitet. Als wissenschaftliche Gesellschaft zur Förderung von Wirtschaftswissenschaften und einer Wirtschaftsethik auf der Grundlage eines biblisch-christlichen Welt- und Menschenbildes war es das Ziel, sowohl in der akademischen Welt als auch in der breiteren Öffentlichkeit präsent zu sein. Beides wurde von Prof. Lachmann in geradezu idealer Weise verkörpert. Als Mitglied des Ausschusses für Wirtschaftswissenschaften und Ethik des Vereins für Socialpolitik, als Professor für Volkswirtschaftslehre zuerst an der Universität Mainz und dann als Lehrstuhlinhaber für Wirtschafts- und Entwicklungspolitik an der Universität Nürnberg-Erlangen war er fest in der akademischen Welt verankert. Über die GWE in Zusammenarbeit mit Wort und Wissen hat er als Leiter und Mitveranstalter von mehr als 20 Jahrestagungen zu jeweils aktuel-

■ Fortsetzung: „Mr. GWE“ zum Ehrenvorsitzenden berufen

GWE würdigt herausragende Verdienste von Werner Lachmann, von Karl Farmer

len wirtschaftspolitisch und wirtschaftsethisch relevanten Themen enorm zum Transfer von ordnungspolitisch und wirtschaftsethisch solidem Wissen an ein breites Publikum aus christlichen Kreisen und darüber hinaus beigetragen. Das Schwergewicht meiner Lobrede soll genau auf diesem Wissenstransfer liegen, denn Lachmanns außerordentliche Leistungen als akademischer Volkswirt und Universitätslehrer wurden bereits anlässlich seines 65. Geburtstags und seiner Emeritierung ausführlich gewürdigt. Auch auf seine Führungstätigkeiten in anderen christlichen Organisationen gehe ich in der Folge nicht ein.

In lebhafter Erinnerung ist mir die erste Jahrestagung der GWE in Zusammenarbeit mit Wort und Wissen unter der exzellenten Leitung und Diskussionsführung von Prof. Lachmann zum Thema „Wirtschaftsethik in einer pluralistischen Welt“ im November 1990. Ca. 100 Teilnehmer von Hamburg über Wien bis Graz mit dem ehemaligen österreichischen Finanzminister und späteren Nationalbankpräsidenten Wolfgang Schmitz und dem Unternehmer Friedrich Schock als den Prominenten waren nach Gut Holmecke im Sauerland gekommen. Das war ein Teilnehmerrekord, der in den nachfolgenden Tagungen m. W. nach nicht mehr erreicht wurde. Oft hat Werner Lachmann von dieser denkwürdigen Jahrestagung geschwärmt, die mit ihrem Generalthema damals eine echte Marktlücke gefüllt hatte. Wirtschaftsethische Thematiken hatten damals Hochkonjunktur. Ich darf anmerken, dass mich Prof. Lachmanns Artikel über „Ethik der Marktwirtschaft“ in der Zeitschrift „factum“ und die inspirierende Jahrestagung 1990 dazu angeregt haben, mit Prof. Lachmann persönlich Kontakt aufzunehmen und mich als Ausländer um die Mitgliedschaft in der GWE zu bewerben. Bei der nachfolgenden Jahrestagung wurde ich als evangelikaler Katholik als Mitglied der GWE aufgenommen und 1993 zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Im Vorstand der GWE war die entschieden christliche, aber konfessionell offene Grundhaltung unseres Vorsitzenden die Basis für die zwei Jahrzehnte andauernde freundschaftliche und brüderliche Zusammenarbeit.

Die Referate der ersten Jahrestagung wurden als heute immer noch lesenswerter Tagungsband bei Brendow publiziert wie dann auch die Referate der zwei nachfolgenden Jahrestagungen zu den Themen „Ost-West-Anpassung

und Nord-Süd-Ausgleich“ und „Umwelt-Wirtschaft-Ethik“. Immer war neben der souveränen Tagungs- und Diskussionsleitung Prof. Lachmann mit einem eigenen pointierten und die Zuhörer mitreißenden eigenen Referat zum Generalthema zur Stelle. Und in diesem Modus ging es die nachfolgenden mehr als zwanzig Jahrestagungen weiter, bei denen immer wirtschaftspolitisch und wirtschaftsethisch gerade brennende Themen behandelt wurden. Um diese Behauptung zu belegen, nenne ich nur einige Themen, die auf der Agenda standen: „Die Arbeitsgesellschaft in der Krise. Konsequenzen für den Einzelnen und die Volkswirtschaft“, „Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Chancen und Risiken.“ „Globalisierung: Arbeitsteilung oder Wohlstandsteilung?“, „Individuelle oder staatliche Lenkung? Markt und Staat im Lichte christlicher Wirtschaftsethik.“ „Lang leben und verarmen: Ökonomische und ethische Aspekte der Altersversorgung“, „Zur Zukunft Europas: Wirtschaftsethische Aspekte der Europäischen Union“, „Krise der Weltwirtschaft: Zurück zur Sozialen Marktwirtschaft und der Weg dahin“, „Die Zukunft des Euro: Zerbruch der Gemeinschaftswährung oder Aufbruch in die politische Union.“ „Wirtschaftskrisen und der Vertrauensverlust in Wirtschaft und Politik“. Dank des ausgezeichneten Netzwerks von Prof. Lachmann zu Kollegen aus der Wissenschaft, zu Unternehmern und zur Politik gab es bei all diesen Jahrestagungen eine gesunde Mischung aus akademischer Stringenz, praktischer Relevanz und Allgemeinverständlichkeit, die viele Teilnehmer und Teilnehmerinnen dazu veranlasste, ihrem Prof. Lachmann „treu“ zu bleiben und immer wieder zu den Jahrestagungen zu kommen. Daneben gelang es auch, neben dem Stammpublikum neue Teilnehmer/-innen anzusprechen, die sich dann nach positiven Tagungserfahrungen nicht selten dazu entschlossen, Mitglieder der GWE zu werden.

Ab 1995 wurden die Tagungsbände vom LIT-Verlag in Münster in der Reihe „Marktwirtschaft und Ethik“ publiziert. Prof. Lachmann gelang es mit diesem Verlag für die GWE sehr günstige Konditionen zu vereinbaren, was das Budget des Vereins schonte und doch zu einer gewissen Verbreitung der jeweiligen Tagungsinhalte über den Teilnehmerkreis hinaus bewirkte. Aber mit der Organisation, der Tagungsleitung, den Tagungsbeiträgen und der (Mit-) Herausgabe der Tagungsbände ist das

Wirken des Mr. GWE noch längst nicht umfassend beschrieben.

Dazu gehören als Nächstes seine Beiträge zum halbjährlich erscheinenden Mitteilungsblatt der Gesellschaft mit dem Titel „Wirtschaft und Ethik“. Der erste Jahrgang erschien 1990 mit einem Umfang von 8 Seiten, inzwischen gibt es schon Ausgaben mit dem dreifachen Umfang. Werner Lachmann als 1. Vorsitzender schreibt nun schon bald 27 Jahre lang zweimal im Jahr das Editorial an die Interessenten, Mitglieder und Freunde. Jedes Mal überrascht er mit pointierten und Aufmerksamkeit erweckenden Aufhängern, die von den Erfahrungen aus seiner weltweiten Reisetätigkeit und der profunden Kenntnis der Sentenzen von bedeutenden Persönlichkeiten aus Theologie, Philosophie, Geschichte, Wirtschaft und Kunst zeugen. Diese Aussagen werden gekonnt in den Kontext aktueller Ereignisse gestellt und der Blick der Leserinnen und Leser auf den Gott der Bibel und seinen Sohn Jesus Christus gelenkt. Immer ist ein evangelistischer Anstoß dabei, der zum Nachdenken und zur persönlichen Hinwendung zu diesem wunderbaren Gott anregt. Jedes Mal, wenn ich das neue Mitteilungsblatt in Händen halte, wundere ich mich über den Einfallsreichtum unseres Ehrenvorsitzenden.

Ist doch das Editorial jedes Mal eine eigene Herausforderung, immer wieder etwas Neues und Wesentliches auf einer halben Seite zu sagen, sind die 6 bis 8 Seiten umfassenden Abhandlungen zu Grundfragen zur Wirtschaftsethik, von denen nach meiner Zählung bisher 44 Stück vorliegen, ein noch aufwendigeres Stück Arbeit. Ich kann hier natürlich nicht die 44 Themen aufzählen, möchte aber dennoch einige Beispiele nennen, die sich auch auf der GWE-Homepage finden, um so einen Eindruck von Prof. Lachmanns Fähigkeit, sein profundes wirtschaftswissenschaftliches Wissen als ehemaliger akademischer Forscher und Lehrer mit seinen theologisch gebildeten biblisch-christlichen Grundüberzeugungen zu verbinden. Entgegen wirtschaftswissenschaftlichen Kurzschlüssen von Kirchenleuten und akademischen Theologen propagiert Lachmann eine Wirtschaftsethik, die wirtschaftswissenschaftlichen Sachverstand mit biblisch-christlichem Ethos kunstvoll verbindet. Denn man kann auf beiden Seiten des Pferdes runterfallen: entweder nur wirtschaftswissenschaftliche „Realitäten“ akzeptieren oder biblisches Ethos gegen

■ Fortsetzung: „Mr. GWE“ zum Ehrenvorsitzenden berufen

GWE würdigt herausragende Verdienste von Werner Lachmann, von Karl Farmer

wirtschaftliche Eigengesetzlichkeiten verwirklichen zu wollen. Prof. Lachmann blieb immer auf dem Pferd. Ein erstes Beispiel: In den Grundfragen der Wirtschaftsethik Nr. 31 mit dem Titel „Hilfe oder Handel zur globalen Armutüberwindung“ heißt es: „Es ist ein Gebot der Nächstenliebe, dem Menschen der Dritten Welt zu helfen. Es muss jedoch überlegt werden, wie ihnen am besten geholfen werden kann.“ Also eher Hilfe durch Handel mit den armen Ländern als durch staatliche Geldüberweisungen, die meist nicht bei den Armen ankommen. Ein zweites Beispiel: In „Ethik der Finanzmärkte“ weiss Lachmann klar zwischen Individualethik (Motivationsethik) einerseits und Verantwortungsethik (Institutionenethik) zu unterscheiden, ohne den beiden Ethiken unterschiedliche Ziele zu unterstellen. Heutzutage werden Finanzmärkte und ihre Akteure meist einseitig nur individualethisch (Stichwort: Gier) kritisiert. Lachmanns umsichtige Analyse nimmt die Finanzmärkte auch institutionenethisch in den Blick und stellt fest, dass der Entwicklungsgrad einer Volkswirtschaft auch an der Tiefe seiner Finanzmärkte abgelesen werden muss. Wirtschaftswachstum und technologische Innovation sind ohne funktionierende Finanzmärkte undenkbar, aber damit die Finanzmärkte zur Förderung des Gemeinwohls wirken, bedarf es eines Individualethos' seiner Akteure, das an den Geboten des biblischen Gottes orientiert ist. Mit der bewussten Abkehr von und Gleichgültigkeit breiter Massen gegenüber diesem Gott und seinen Geboten muss aufgrund alt- und neutestamentlicher Aussagen eine Degeneration bis Zerstörung der Finanzwelt befürchtet werden. Noch ein drittes Beispiel zu den Grundfragen der Wirtschaftsethik: Ist unsere Staatsverschuldung ethisch noch vertretbar? Auch hier ist wieder die Unterscheidung zwischen Individual- und Institutionenethik wichtig: Paulus fordert die Mitgläubigen auf: Bleibt niemand etwas schuldig, alleine die Liebe schuldet ihr immer! Wendet man dieses biblische Wort direkt auf die Staatsverschuldung an, wäre keinerlei Staatsverschuldung alleine biblisch-ethisch vertretbar. Aber in diesem Fall muss institutionenethisch, d.h. was dient dem Gemeinwohl der Bürger und Bürgerinnen eines Landes, argumentiert werden. Danach ist Staatsverschuldung für produktive Staatsausgaben ethisch vertretbar, nicht jedoch für unproduktive staatliche Ausgaben. Soweit die Norm, und nun ist der politische Ökonom gefragt, der nach einigen Erklärun-

gen zu den Problemen der Umsetzung dieser Norm in parlamentarischen Demokratien für mehr direkte Demokratie wie in der Schweiz und für ein dem Parlament übergeordnetes Gremium, das ausschließlich die langfristige wirtschaftliche Entwicklung eines Landes im Blick hat, plädiert. All das und noch viel mehr findet sich in diesem sehr lesenswerten Beitrag von Prof. Lachmann zu den Grundfragen der Wirtschaftsethik. Das sind nur drei Beispiele aus inzwischen 44, die es wert sind, in einem Band gesammelt zu erscheinen. Ich kann den Plan von Prof. Lachmann, die Einzelbeiträge zu den Grundfragen der Wirtschaftsethik nach kleineren Bearbeitungen als Buch herauszubringen nur wärmstens unterstützen. Das ist natürlich wieder Arbeit, aber nach der Übergabe des Vorsitzes der GWE in jüngere Hände, könnte die eingesparte Zeit dafür verwendet werden. Als Zielpublikum hätte ich neben den Mitgliedern, Freunden und Interessenten bzw. Interessentinnen der GWE wirtschaftlich interessierte Christinnen und Christen sowie darüber hinaus volkswirtschaftlich interessierte Mitbürgerinnen auch anderen weltanschaulichen Hintergrunds im Blick. Man könnte auch daran denken, das Buch als Begleittext im wirtschaftskundlichen Unterricht in Gymnasien und anderen Schulen, die zum Abitur führen, zu verwenden. Lachmanns klare und gut verständlich geschriebene Texte eigneten sich meines Erachtens sehr gut dafür.

In fast allen Abhandlungen zu Grundfragen der Wirtschaftsethik kritisiert Lachmann die herrschende Wirtschaftstheorie als realitätsfern und wenig Erkenntnis fördernd, obwohl oder gerade weil er in seiner Dissertation und Habilitationsschrift sich mit mathematisch formulierten volkswirtschaftlichen Modellen befasste. Das verleiht seiner Kritik zusätzliches Gewicht, weil man ihm nicht vorwerfen kann, er wüsste nicht, wovon er redet. Werner Lachmann hat sich von einem mathematischen Ökonomen erfolgreich zu einem breit argumentierenden Wirtschaftspolitiker und Wirtschaftsethiker gewandelt, eine Spezies, die an den Universitäten vom Aussterben bedroht ist.

Neben dem Editorial und den Grundfragen trägt Lachmann mit einer Vielzahl von Buchbesprechungen zum Mitteilungsblatt „Wirtschaft und Ethik“ bei. Ich habe immer bewundert und tue es nach wie vor, wie Du, lieber Werner, es geschafft hast und immer noch schaffst, an die zehn und mehr Bücher pro

Jahrgang zu lesen und dann auch noch konstruktiv kritisch zu besprechen. Offensichtlich trägt das kritische Lesen der vielen von Dir besprochenen Bücher auch zu Deiner breit gefächerten Argumentation in Deinen eigenen Schriften bei.

Bevor ich mit meiner Lobrede zu Ende komme, möchte ich es nicht versäumen, Deine liebe Frau und Deine große Familie bestehend aus sieben Kindern und vier Schwiegerkindern sowie inzwischen elf Enkelkindern in den Blick zu nehmen. Wie bekannt, steht hinter einem erfolgreichen und bedeutenden Mann immer auch eine starke Frau, welche die Familie und das Heim managt, während der Mann vor dem Computer und den Büchern sitzt oder auf Vortragstour im In- und Ausland unterwegs ist. Dabei muss die Frau mit ihren Aufgaben alleine zu Recht kommen und auf die männliche Unterstützung verzichten. Dafür kann ich im Namen aller Mitglieder, Interessenten und Freunde der GWE Deiner lieben Frau nur ein herzliches Danke sagen und dies mit der Bitte an unseren gemeinsamen Gott verbinden, er möge ihr und den anderen Familienangehörigen diese Zeitopfer reichlich lohnen.

Und damit komme ich jetzt wirklich zum Schluss nochmals zu Dir, lieber Werner. Geboren als Sohn eines Bergmanns im Ruhrgebiet in den Wirren des zweiten Weltkriegs war Dir die Karriere zum Universitätsprofessor keineswegs in die Wiege gelegt. Über die Mittlere Reife und Abitur hast Du im zweiten Bildungsweg Theologie und Volkswirtschaftslehre in Heidelberg studiert und Deinen PhD schon Anfang der 1970er Jahre in den USA erworben. Nach einigen Zwischenstationen bist Du 1983 zum Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mainz ernannt worden und hast 1992 den Lehrstuhl für Wirtschafts- und Entwicklungspolitik in Nürnberg-Erlangen übernommen. Im Jahr 2006 wurdest Du Professor Emeritus und hast seither über zehn Jahr den Vorsitz der GWE innegehabt und zweimal im Jahr hauptverantwortlich „Wirtschaft und Ethik“ herausgebracht. Schon während Deiner aktiven Zeit hast Du in sehr vielen Ländern der Welt, besonders in den sich entwickelnden und aufstrebenden Ländern als Gastprofessor gelehrt und wurdest dafür von der Universität Riga mit dem Ehrendoktorat geehrt. In Deinen Lehrveranstaltungen hast Du die Soziale Marktwirtschaft als die sach- und menschengerechte Wirtschaftsordnung

■ Fortsetzung: „Mr. GWE“ zum Ehrenvorsitzenden berufen

GWE würdigt herausragende Verdienste von Werner Lachmann, von Karl Farmer

seit ihren Ursprüngen während des zweiten Weltkriegs und ihrer nicht nur günstigen Entwicklung seither sachkundig beschrieben und in ihre Prinzipien in der ursprünglichen Form zur Nachahmung empfohlen. In vielen Aufsätzen und Vorträgen hast Du Entartungen dieser Wirtschaftsordnung messerscharf analysiert und zu einer Erneuerung der ursprünglichen Sozialen Marktwirtschaft aufgerufen. Trotz Deines unermüdlichen Bemühens ist die Zustimmung zur Sozialen Marktwirtschaft stetig im Sinken, insbesondere seit der globalen Fi-

nanzkrise 2007/2008 und der nachfolgenden großen Rezession. Aber ich bin sicher: Deine Mühe ist nicht umsonst. Es wird wieder eine Zeit kommen, wo sich manche Jüngere ähnlich wie während des 2. Weltkriegs nach den Prinzipien einer sach- und menschengerechten Wirtschaftsordnung umsehen werden und Lachmann als Inspirator entdecken werden.

So denke ich, war es nur Recht und billig, dass der neue Vorstand Dir, lieber Werner, als kleine Anerkennung für Deine großartigen Verdien-

te als Vorsitzender der GWE, den Ehrenvorsitz angeboten hat. Als Dein ehemaliger Stellvertreter und nun einfaches Mitglied, als Freund und Bruder in Christo kann ich Dir im Namen von uns allen für all das, was Du geleistet hast, nur ein ganz herzliches Danke sagen verbunden mit der Bitte, unser gemeinsamer Gott möge Dir in Jesu Namen noch viele gesunde und frohe Jahre als Ehrenvorsitzender und im Kreise Deiner großen Familie und Deines Bekanntenkreises schenken.

■ Widerspruch zur Widerspruchslösung

Von Elmar Nass

Nach der am 1.11.2012 in Kraft getretenen Entscheidungslösung ist in Deutschland die Zahl der Organspender weiter zurückgegangen, vor allem bedingt durch Skandale im Umgang mit Spenderorganen. Gesundheitsminister Jens Spahn will nun in Deutschland als Ausweg aus dem Dilemma des Organmangels die Widerspruchslösung einführen und hat zu einem breiten öffentlichen Dialog aufgerufen. Die Frage von Peter Oberender steht wieder im Raum: „Kann man es vor seinem Gewissen vertreten, dass in jedem Jahr Menschen sterben, weil sie keine Chance auf ein Spenderorgan haben?“ Eine ethische Abwägung zum Vorschlag des Ministers stelle ich hier zur Diskussion.

Die Widerspruchslösung setzt grundsätzlich eine juristisch durchsetzbare Pflicht jedes Menschen zu einer postmortalen Spenderbereitschaft voraus. Nur ein ausdrücklicher Widerspruch des Betroffenen zu Lebzeiten oder, sofern keine entsprechende Erklärung vorliegt, der Angehörigen im Sterbefall, kann die Entnahme von Organen verhindern. Wer das Thema zu Lebzeiten verdrängt, wird in der Regel nach dem erklärten Hirntod zum potentiellen Organspender. Die Bequemlichkeit vieler Menschen, sich mit dem Thema nicht auseinanderzusetzen zu wollen, führt auf Kosten einer bewussten Entscheidung zur Erhöhung der Transplantate. Die Widerspruchslösung erscheint vielen Ländern als gangbarer Weg, die Zahl der Transplantate zu erhöhen. Ein Vergleich im europäischen Vergleich zeigt, dass Län-

der mit Widerspruchslösung in der Regel deutlich vorne liegen. Doch rangieren auch Staaten mit Widerspruchslösung weit hinten (wie etwa die Türkei oder Bulgarien). Unbestritten besteht auch nach Ansicht der Kritiker der Widerspruchslösung aber ein positiver Zusammenhang zwischen dieser Regelung und der Anzahl der Transplantate. Diesem starken Argument vor allem aus Sicht derjenigen, die auf ein Organ warten, sind Bedenken entgegenzuhalten.

1. Zweifellos wird der **moralische Druck** erhöht auf diejenigen, die keine Spender sein wollen. Es gibt auch gute Gründe für eine solche Verweigerung, etwa Zweifel am Hirntodkriterium. Schließlich ist der Mensch, wenn ihm die Organe entnommen werden, biologisch nicht tot, sondern ein Sterbender, der durch die Entnahme stirbt. Fragen um den Lebensschutz sind damit verbunden, ebenso Bedenken, ob man nicht zu schnell für hirntot erklärt wird, so dass dann utilitaristisch zwischen dem sterbenden und einem anderen Leben bilanziert wird. Auch die Sorge um eine Ökonomisierung der Organe ist offenbar berechtigt. Ebenso gibt es Menschen, die es gegenüber ihren Angehörigen nicht verantworten wollen, nur als Torso beerdigt zu werden. Solche Bedenken werden durch die Widerspruchslösung moralisch diskreditiert.

2. Die Erhöhung der Transplantate wird über die Bequemlichkeit derer erzielt, die sich mit dem Thema nicht bewusst auseinandersetzen. So kann **weder von Freiwilligkeit noch von Altruismus oder Spende** gesprochen werden.

Die Donation seiner Organe verliert ihren moralischen Wert. Dies ist gerade bei dieser Art von Gabe (des eigenen Körpers) von besonderer Bedeutung, vor allem, wenn man, wie es religiöse Menschen tun, den Körper als Geschenk Gottes ansieht.

3. Wegen unserer personalen Integrität hat niemand legitimen Anspruch auf Körperteile eines anderen Menschen. Unser Körper ist nicht nur kein verkäufliches Privatgut, er ist ebensowenig ein Kollektivgut. Eine solche **Kollektivierung** wird mit der Widerspruchslösung aber eingeführt.

4. Es besteht die Gefahr eines Dammbrochs, durch den sich eine **Kultur gesellschaftlichen Zwanges** durchsetzt. Eine Informationslösung, bei der – nur sofern keine widersprechende Willensäußerung des Verstorbenen vorliegt – Angehörige allein noch über die geplante Entnahme in Kenntnis gesetzt werden, und erst recht eine staatliche Zwangsregelung bis hin zum Zwang auf Lebendspenden wären solche verschärfenden Schritte, für die die Türe geöffnet würde.

Fazit: Dem freiheitlichen Geist des Miteinanders in der Sozialen Marktwirtschaft entspricht eine Kultivierung von Anerkennung für das freiwillige Opfer mehr als die einer bloßen Pflichterfüllung. In Verbindung mit den Freiheitseinbußen und der Kollektivierung des menschlichen Körpers sehe ich hier eine deutliche Schwächung für die Bewertung des Widerspruchsmodells. Die so wichtige Linderung menschlicher Nöte würde zu teuer erkauf.

■ Fortsetzung: Widerspruch zur Widerspruchslösung

Von Elmar Nass

Der gute Zweck sollte nicht alle Mittel heiligen. Auch würde die Widerspruchslösung den Mangel der Transplantate in Deutschland gar nicht beheben. Die Idee der Entscheidungslösung ist dagegen: Aufklärung soll die Grundlage für eine freiwillige, bewusste Entscheidung zur Organspende sein und eine Mentalität der Verdrängung des Themas ablösen. Organspende ist damit eine bewusste und sozial anerkannte Spende aus altruistischer Motivation ohne finanzielle o.a. Gegenleistung. Die-

sen Weg weiter mit Nachdruck zu forcieren, scheint mir im Dilemma das kleinere Übel.

Literaturhinweis

Nass, E.: *Nicht alles ist gut, was mehr Transplantate verspricht. Markt und andere Modelle auf dem Prüfstand christlicher Wirtschaftsethik*, in: *Zeitschrift für Marktwirtschaft und Ethik* 3-2014, S. 3-42.

-, -: *Why no Commerce with Kidneys? Michael Sandel's Suggestions and an answer from Ethical Theory*, in: *The Heythrop Journal* LVI (2015), S. 793-804.

-, -: *Warum eigentlich kein Organhandel? Eine freiheitlich-christliche Sicht*, in: P. Becker/ C. Heinrich (Hrsg.): *Theonome Anthropologie. Christliche Bilder von Menschen und Menschlichkeit*, Freiburg i.Br., 2016, S. 277-290.

■ Freiburger Denkschrift im Internet zugänglich

Von Stephan Klinghardt und Hans-Jörg Naumer

Sie gehört wohl zu den bewegenden und gleichzeitig wirkungsmächtigsten Dokumenten der (Nachkriegs-)Geschichte Deutschlands: die Freiburger Denkschrift. Deren „Anhang 4 zur Wirtschafts- und Sozialordnung“ ist jetzt, gut 75 Jahre nach ihrer Verfassung im November 1942, erstmalig im Internet frei zugänglich, als schlichte Abschrift ebenso wie als eingescannte Fassung des Originaldokuments, an dem noch handschriftliche Verbesserungen erkennbar sind.

Ein konspirativ tagender Arbeitsausschuss, dem zunächst nur die Freiburger Nationalökonom Constantine von Dietze, Walter Eucken und Adolf Lampe sowie der Historiker Gerhard Ritter angehörten, bereitete diese Programmschrift auf Anregung von Dietrich Bonhoeffer vor. Der Haupttext wurde von Gerhard Ritter ausgearbeitet. Der für die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft belangreiche Anhang 4 (Wirtschafts- und Sozialordnung) wurde von den drei Nationalökonom Dietze, Lampe, Eucken gemeinsam formuliert. Nachdem von Dietze zweimal zu einer Vorbesprechung des Entwurfs der Denkschrift mit Bonhoeffer in Berlin zusammengetroffen war, fand bereits vom 17. bis 19. November 1942 im Hause der Familie von Dietze in Freiburg eine dreitägige Geheimtagung statt, auf der der Hauptteil der Denkschrift sowie die beiden bereits vorliegenden Anhänge beraten wurden.

Neben den Freiburger Wissenschaftlern haben an dieser Geheimtagung folgende Personen teilgenommen: Carl Goerdeler, der frühere Leipziger Oberbürgermeister und Organisator des zivilen Widerstandes, Otto Dibelius, Generalsuperintendent der Kurmark und Vorsitzender des Rates der EKD von 1949 bis 1961, der evangelische Theologe Helmut Thielicke im Auftrag des württem-

bergischen Landesbischofs Theophil Wurm, dem ersten Vorsitzenden des Rates der EKD von 1945 bis 1949, sowie als Fachmann und Vertreter der „Vorläufigen Leitung der Bekennenden Kirche“ der evangelische Unternehmer Walter Bauer.

Die Grundgedanken der konspirativ verfassten Denkschrift sollten dann später in die Ausgestaltung dessen einfließen, was unter „Soziale Marktwirtschaft“ zum Erfolg wurde.^[1]

Die Arbeiten an der Denkschrift „Politische Gemeinschaftsordnung - Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit“ wurden dann im Januar 1943 abgeschlossen. Von dem Gesamttext wurden im Herbst/Winter 1942/43 drei Typoskripte hergestellt, die im Juli 1945 im Namen aller Mitarbeitenden von Professor Gerhard Ritter vervielfältigt wurden.

Die gesamte Denkschrift bzw. auch nur die Anlage 4 war bisher nur in schwer zugänglichen Quellen auffindbar. Ein Nachweis in der akademischen Literatur findet sich beim Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) aus dem Jahre 1979.^[2]

Die elektronische Version des Anhangs 4 des Typoskripts wurde dem Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer (AEU) nun von der Tochter von Prof. Lampe, einem der Co-Autoren, zur Verfügung gestellt. Über die Verbindung mit dem Unternehmer Walter Bauer, einem der Mitbegründer des AEU, sieht sich der AEU der „Freiburger Denkschrift“ besonders eng verbunden, dies umso mehr als die christlichen Wurzeln der dort entwickelten Wirtschaftsordnung nicht zu leugnen sind.^[3]

Die Originalseiten, wie auch die Abschrift sowie weiteres Material rund um die Freiburger Denkschrift sind nun erstmalig im Internet frei verfü-

bar. Sie finden sich nach ein wenig Scrollen direkt auf der Homepage www.aeu-online.de des AEU.

Anmerkungen

[1] Vgl.: Plickert, Philip; „*Liberale Ökonomen im Widerstand*“; *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* No. 121; Sep. 2009; S. 41-50.

[2] „*In der Stunde Null. Die Denkschrift des Freiburger „Bonhoeffer-Kreises“: Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unsere Zeit.*“ *Eingeleitet von Helmut Thielicke, mit einem Nachwort von Philipp von Bismarck. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 1979, Seiten 128-145. Weiterhin wurde die „Anlage 4: Wirtschafts- und Sozialordnung“ noch einmal in dem Sammelband „Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft. Ein Quellenband.“ herausgegeben von Günter Brakelmann und Traugott Jähnichen. Gütersloh, Gütersloher Verlagshaus, 1994 [S. 341-362] abgedruckt. Eine weitere (schwer zugängliche) Quelle ist das Buch „*Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen.*“ herausgegeben von Klaus Schwabe und Rolf Reichardt, unter Mitwirkung von Reinhard Hauf. Boppard am Rhein, Harald Boldt Verlag, 1984, NE: Bundesarchiv (Koblenz): *Schriften des Bundesarchivs*, 33.*

[3] Holthaus, Stephan: *Zwischen Gewissen und Gewinn: Die „Freiburger Denkschrift“ und ihre christliche Begründung einer Sozial-Wirtschaftsethik*, in: *Journal for Markets and Ethics* 4 (2016), S. 28-42.

■ Mitverantwortungsabgabe für Politiker?

Von Werner Lachmann

In der Wirtschaft werden erfolgreiche Manager belohnt. Wer verheißungsvolle Ideen hat, einen hohen Gewinn erzielt, erhält als Belohnung ein höheres Einkommen. So stellt sich die Frage, warum die Politiker nicht ebenso haften für ihre verfehlte Politik. Wir benötigen eine „Mitverantwortungsabgabe“ für die politische Klasse.

Unser politisches System leidet darunter, dass die politische Klasse oft abgehoben von den täglichen Problemen der Bevölkerung regiert, stark von Interessengruppen beeinflusst wird, hier oft „eine Hand die andere wäscht“. Zur Überwindung gesellschaftlich schwieriger Lagen müssen den Politikern Anreize gegeben werden, sich persönlich für eine erfolgreiche Gesellschaftspolitik einzusetzen.

Die größte Wählergruppe in Deutschland hat keine Stimme. Wäre es nicht ein Anreiz, wenn im Parlament nur die Anzahl von Sitzen vergeben wird, die dem Anteil der Bevölkerung entspricht, die gewählt haben? Wenn nur 50 % der Bevölkerung wählen geht, dann können nur 50 % der Sitze im Parlament vergeben werden. Evtl. kann

man einen Schwund von 10 % zugestehen. Die freien Parlamentssitze zeigen den Politikern, dass große Teile der Bevölkerung nicht hinter ihrer Arbeit stehen. Der Wille, sich stärker um die Bürger zu bemühen, würde dann wachsen. Nichtwähler könnten damit der Politik ebenfalls die gelbe Karte zeigen!

Eine Mitverantwortungsabgabe oder eine Sonderprämie bei erfolgreicher Politik (die das Parlament nicht wieder über sich selbst beschließen darf!) könnte langfristig dazu beitragen, dass die Politik stärker auf das Gemeinwohl der Bürger ausgerichtet wird, d.h. die Nebenwirkungen bestimmter wirtschaftspolitischer Gesetze stärker beachtet werden. Diese Mitverantwortungsabgabe muss natürlich erst recht für die Politiker auf dem Altenteil erhoben werden, da sie mit ihren Entscheidungen - oft gegen Expertenrat - das deutsche Volk in manche schwierige gesellschaftliche Situation gebracht haben! Verwiesen sei auf das Zögern im Umweltschutz, der Senkung der hohen Staatsverschuldung, der Lösung des Generationenproblems (Altersarmut) und der Sicherung des Wettbewerbs.

■ Unternehmensverantwortung in der Sozialen Marktwirtschaft

Werner Lachmann, Harald Jung, Christian Müller (Hg.)



1. Aufl. 2018, ca. 135 Seiten, 8 s/w Grafiken, 1 s/w Tab., kart., ISBN: 978-3-506-72850-0, ca. EUR 29.90 / CHF 36.80

Erschienen in der Reihe: Veröffentlichungen der Joseph-Höfner-Gesellschaft, Band: 8

Täglich hört man von Unternehmen, die Abgaswerte manipulieren, Firmenbilanzen fälschen

oder Hühnereier mit Giftstoffen versetzen. Unternehmen scheuen sich nicht, in ihren Betriebsstätten in Indien oder Bangladesch Kinderarbeit einzusetzen oder Textilarbeiterinnen mit Hungerlöhnen abzuspiesen.

Immer lauter wird daher der Ruf nach verantwortlicher Unternehmensführung. Wo der Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft nicht oder nur unzureichend greift, ist die individuelle Moralität von Managern gefragt. Was aber könnten diese konkret tun? Was hat die Christliche Sozialethik zu diesen Problemen beizutragen? Und ist letztlich nicht doch alles nicht nur ein frommer Wunsch? Sind Unternehmen, die im Konkurrenzkampf gegen profitstrebende Wettbewerber nicht untergehen wollen, nicht sogar gezwungen, alle Moral über Bord zu werfen?

<https://www.schoeningh.de/katalog/titel/978-3-506-72850-0.html>

■ Über die GWE

Ziel – Arbeit – Impressum

Das Ziel

Die GWE ist ein Verein zur Förderung von Forschung und Lehre in den Wirtschaftswissenschaften auf Grundlage einer Ethik, die auf dem biblischen Welt- und Menschenbild beruht.

Die Arbeit

Wir regen Forschung zu wirtschaftsethischen Fragen an und unterstützen diese, führen Fachtagungen und Seminare durch und geben den halbjährlichen Informationsdienst „Wirtschaft und Ethik“ heraus. Zu den Themen Wirtschaftsethik, Entwicklungspolitik und ökologische Wirtschaftspolitik bereiten wir wissenschaftliche Publikationen vor und geben sie heraus.

Vorstand

Vorsitzender der GWE e.V. ist Prof. Dr. Christian Müller, stellvertretender Vorsitzender ist Prof. Dr. Harald Jung, Ehrenvorsitzender ist Prof. i.R. Dr. h.c. Werner Lachmann Ph.D.. Darüber hinaus gehören dem Vorstand an: Dr. Helmut de Craigher, Prof. Dr. Gerald Mann, Karl J. Möckel, Matthias Vollbracht, Prof. Dr. Dr. Elmar Nass, Jakob Löwen, Johannes Zabel und Lucas Wehner.

Mitgliedschaft

Wer Christ ist und aktiv die Anliegen der GWE unterstützen möchte, kann einen Antrag auf Mitgliedschaft beim Vorstand stellen.

Bitte teilen Sie uns Adressänderungen rechtzeitig mit.

Impressum „WIRTSCHAFT UND ETHIK“

Herausgeber:

Gesellschaft zur Förderung von
Wirtschaftswissenschaften und Ethik e.V. (GWE)

Prof. Dr. Christian Müller

Walskamp 63

48308 Senden

Tel.: +49 (0)175 1117055

E-Mail: info@wirtschaftundethik.de

Internet: <http://wirtschaftundethik.de>

Bankverbindung:

Sparda-Bank Nürnberg e.G.

IBAN: DE82 7609 0500 0001 0210 90

BIC: GENODEF 1S06

Satz: Jakob Löwen

Druck: Druckerei WIRmachenDRUCK GmbH